

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

[Fernsprecher Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 2.00, monatlich 70 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Beizeile oder deren Raum 20 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 225.

Donnerstag, den 27. September 1906.

13. Jahrg.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Originalbericht des „Lübecker Volksboten“)

Mannheim, den 24. September 1906.

Erster Verhandlungstag.

Nach vor 9 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Versammlung. Der Saal des „Apollotheaters“, der allmorgentlich für den Parteitag, allabendlich für das Brote hergerichtet werden muß, ist viel zu klein, um die Tausende erschienenen Genossen zu fassen. Erst allmählich finden alle im Saal, auf der Bühne, in den Logen und den Galerien ein bescheidenes Plätzchen. Die Ausschmückung des Saales ist gemäß seinem provisorischen Charakter einfach. Nur über die Bühne spannt sich das Transparent: Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!

Zu den Gästen, die aus dem Auslande eingetroffen, hat sich noch Genosse Anisole, der Delegierte für Gent und einer der Führer der belgischen Arbeiterpartei, gestellt.

Singer brüstet zunächst Schmitt, München, Dörle, Hannover und Brandes, Magdeburg zu das Bureau und begrüßt dann mit herzlichen und brüderlichen Worten die Delegierten der Wienerpartei. Die Sozialdemokratie werde bei ihren Beratungen nie das Gefühl der Solidarität mit allen Nationen vergessen. Doppelt warm sei dieses Solidaritätsgefühl in einer Zeit, wo die Sturmflut der revolutionären Bewegung durch alle Länder weht. (Beifall.)

Die Begrüßungsansprachen.

Zu einer Begrüßungsansprache erhält zunächst das Wort Genosse

Huymans, Brüssel: Er spricht seine Freude darüber aus, daß das Exekutivkomitee des internationalen sozialistischen Bureau sich hierher entsandt hat, zugleich, um die Vorbereitungen für das Vollgelingen des nächstjährigen internationalen Kongresses zu Stuttgart zu treffen. Deutschland sei die Mutterorganisation der Internationalen; es werde neben seiner noch vollsten nationalen Organisation immer mehr und mehr Realität werden. Das internationale sozialistische Bureau habe ja in der letzten Zeit schon recht gut funktioniert, ermuntere sie an die Demonstrationen zum 21. Januar und die Resolution Bailant gegen die Preisverhörunge der Bourgeoisie. Die sozialistische Bewegung aller Länder stehe jetzt unter dem Zeichen der Einigung und des Fortschritts. Das Fortschritt bei den letzten Wahlen in Dänemark und Norwegen und hoffentlich auch bei den nächsten in Österreich. (Beifall.) Der Einigung in Frankreich, in Bulgarien und nun auch in England, von wo in diesen Tagen der Bericht zur Einigung eingelaufen sei (Beifall), vielleicht bald auch in den Vereinigten Staaten. Am herzlichsten aber leuchtet der Stern der russischen Sozialdemokratie, die langsam aber sicher den Sturz des Zarismus herbeiführt. Sie hat gezeigt, wie man theoretische Bildung mit Aktionskraft vereinen kann. Und je mehr der Zarismus zurückweicht, um so größer ist das Maß der Freiheit in ganz Europa, in Deutschland. Wenn Genosse Dreßbach gestern die Wahrheit sprach, so hat die Kirche an Stelle ihrer ältesten und schönsten Tochter Frankreichs, die sie verloren hat, im Lande Duthers eine neue gefunden. Dafür hat aber wenigstens die internationale Sozialdemokratie ihre älteste und schönste Tochter, die deutsche Sozialdemokratie, behalten. (Lebhaften Beifall.)

Genosse Hueber, Oesterreich, gewerkschaftlicher Sekretär der Zentralleitung der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, heißt den Parteitag im Namen der deutsch-österreichischen Partei willkommen. Noch sei der Kampf um das allgemeine Wahlrecht in Oesterreich nicht zu Ende, aber er könne nicht mehr verloren werden. (Bravo.) Bald nach zehnjährigem Kampfe um dieses Ziel würden die österreichischen Arbeiter nach einem demokratischen Wahlrecht wählen. Er bitte die deutschen Genossen um ihre brüderlich-solidarische Anteilnahme, die er auch jedem Kampfe der deutschen Genossen entgegenbringe. Es lebe die deutsche und die internationale Sozialdemokratie. (Lebh. Beifall.)

Nach einigen Grußworten als Vertreter der englischen Sozialdemokratischen Federation ergreift

Happoport, Paris als Vertreter der vereinigten französischen Sozialdemokratie das Wort. Er erinnert daran, daß die französische Partei ihre feste und dauernde Einigung einer deutschen Parteitage-Resolution verdanke. Auf dieser Grundlage habe die Partei im letzten Jahre ihre Mitgliederzahl verdoppelt. Frankreich habe ja einen Minister des Innern, der sich in der Wahlbewegung zum sozialistischen Ideal bekannt habe. Aber deswegen habe er nicht weniger Gruppen gegen die Streikenden des Nordwestens und die Wahlmonarchisten in Paris geschickt. Der sehr gewandte ehemalige Parteigenosse und jetzige Kultusminister Briand samt dem Ministerium aber hat es zu verantworten, daß

Frankreich sein Geld und seine Ehe dem russischen Zaren geopfert hat. So haben wir denn mit aller Kraft den Kampf gegen die Scheindemokratie aufgenommen. Wenn sich in diesem Kampfe deutsche Grundsätzlichkeit und scharfsinnige Uebachtigkeit vereinigen werde, werde es einen guten Klang geben. Es lebe die internationale, die revolutionäre Sozialdemokratie. (Lebh. Beifall.)

Söderberg, Stockholm überbringt die Grüße der schwedischen Sozialdemokratie, die von Deutschland ständig fernand fortkehrt.

Rotter, Warschau entbietet zum erstenmale einem deutschen Parteitag das Willkommen der P. P. S. (Polnische Sozialistische Partei). Gerade in Polen habe die Grausamkeit der Zarenschergen ihren höchsten Grad erreicht. Und gerade unter diesen Verhältnissen sei die Revolutionierung der Geister am weitesten vorgeschritten, gerade dort gingen noch der vorübergehenden Niederlage des Dezember die Wogen der Revolution am höchsten. Die Pressefreiheit sei unter dem Stundrecht erobert worden. (Lebh. Beifall.) Das täglich erscheinende Zentralorgan der Partei brude, was es wolle und werde in allen Straßen offen verlesen. 2000 Landarbeiterstreiks hat die Partei in diesem Jahre durchgeführt. 15 000 Textilarbeiter alle in drei Monaten in Lohn organisiert. Und wenn auch nicht alle deutschen Genossen unsere Taktik billigen, so haben wir doch die Polizei vor den schädlichsten Elementen befreit und die allgemeine Bewaffnung der Arbeiter Warschaus, die Bildung einer bewaffneten Volksmiliz gefördert. Denn wir wissen: nur in bewaffneter Zustand kann der Partismus gestiftet werden. Und die Zeit ist nicht mehr fern, wo alle proletarischen Warschauer Waffen tragen werden. (Ermunter leb. Beifall.) Wenn jetzt nach Stolypins Manifest die Feldgerichte ihre Arbeit beginnen werden, so wird das nur die eine Polse haben, daß auch unsere Kampfzornen noch schärfer werden. Man wirft uns vor, wir seien eine nationalistische Partei. Lesen Sie unter Protrama: Wir haben ein proletarisches Taktik, ein sozialistisches Programm und führen unseren Kampf als einen Klassenkampf. Und mit diesen Prinzipien werden wir siegen! (Lebh. langanhaltender Beifall.)

Zu Anschlag hieran tritt der Vorsitzende Singer mit, daß die Sozialistische Partei Polens und Litauens die gleichen revolutionären Ideen und die gleiche Sympathieorganisation für das deutsche Proletariat durch die Genossin Rosa Luxemburg ihm habe ausdrücken lassen. (Beifall.) Er ergreife diese Gelegenheit, um die Genossin Luxemburg herzlich zu begrüßen, da sie wieder die Möglichkeit habe, für die deutsche Partei tätig zu sein, und zugleich den Dank der Partei für ihre tapfere Haltung und Energie, mit der sie in den letzten Monaten versucht hat, der russischen Bewegung zu Hilfe zu kommen, und für die persönlichen Opfer, die sie in der langen Haft auf sich genommen hat. Rosa Luxemburg werde, sobald es ihre Gesundheit gestatte, der deutschen Partei wieder ihre tapferen und treuen Dienste leisten. (Stimmführender, mehrfach wiederholter Beifall.)

Genossin Walsbano, für die russische Sozialdemokratie, mit lebhaften Sympathiegedenken empfangen, spricht der deutschen Partei ihren besonders warmen Dank für die intellektuelle, moralische und materielle Unterstützung der russischen Revolution aus. Die russischen Genossen nähmen diese Unterstützung gern an, nicht als Almosen, sondern als Leistung von Genossen für Genossen; sei doch auch Deutschland besonders eng mit den Schicksalen der russischen Kämpfer verknüpft. Die Einzelheiten der Bewegung seien den deutschen Genossen bekannt, die Leiden der russischen Genossen könnten durch eine Schilderung nur profaniert werden. Aber sie führten den Kampf weiter mit stolzem Heroismus, mit einer Energie und einem Zielbewußtsein, wie noch nie ein Kampf geführt worden ist. (Stürm. Beifall.) Zwar müssen die russischen Arbeiter, daß dieser Kampf noch nicht unserm Endziel gilt, daß erst die Möglichkeit zur Entwicklung der Massenkämpfe geschaffen werden soll, aber sie stärkt das Bewußtsein, daß ihre Revolution die Revolution des ganzen Proletariats ist. (Lebhafte Zustimmung.) Der Sozialismus weckt in jedem Menschen das Klassenbewußtsein und die Menschenwürde. Und diese Kräfte sind es, die zum unermüdbaren Kampfe gegen den Despotismus anfeuern. (Lebh. Beifall.)

Nachdem noch anstelle des am Erscheinen verhinderten Genossen Troelstra die Genossin Wibane, Amsterdam die Grüße der holländischen Genossen überbracht hat, teilt Singer eine große Reihe von Begrüßungsgrüßen mit. So vom Deutschen Leselub in Paris, von dem Zentralvorstand der italienischen Sozialdemokratie in Rom, von dem Parteivorstand auf dem Weltkongresskongress in Mailand, von der ungarischen Partei, vom Allgemeinen rätlichen Arbeiterbund in Polen und Litauen und vielen deutschen Parteierter.

Schließlich hält noch der Vorsitzende des Verbandes jugendlicher Arbeiter Wagner, Mannheim eine Ansprache, in der er der Hoffnung Ausdruck gibt, daß dieser Parteitag Wege finden werde, die Jugend mehr als bisher der So-

zialdemokratie, der Partei der Jugend und der Zukunft, zuzuführen.

Hierauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung ein. Zum Geschäftsbereich des Vorstandes erhält das Wort der Sekretär des Parteivorstandes,

Reichstagsabgeordneter Pfannkuch: Genosse Huymans hat die deutsche Partei als Mutterorganisation angeprochen. Wir sind noch weit von der Selbstzufriedenheit entfernt. Man braucht nur die Stärke und Festigkeit der russischen Sozialdemokratie in Vergleich zu ziehen, um zu erkennen, daß die Partei noch weit zurückgeblieben ist. Allerdings hat sie sich erst vor einem Jahre eine höhere Organisationsform gegeben. Wenn aber im Laufe des verflohenen Jahres nicht die Frage aufgeworfen worden ist, was dem Vorrang haben sollte, die Partei oder die Gewerkschaft, so ist, glaube ich, die Antwort, die Gleichberechtigung, doch sehr unbedeutend und für jeden aufklärten Arbeiter sehr klar. Der Streit zwischen Partei und Gewerkschaft ist ja vielfach durch eingeleitete Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen worden. Eines Wort, daß wenn die Gewerkschaftler nur ernstlich wollten, sie ihre Auffassung in Partei und Parteivorstand zur herrschenden machen könnten, sollte gewiß nicht mehr bedeuten, als eines Ansporn an die Gewerkschaftler, sich ihrerseits mehr um die Partei zu kümmern. (Zustimmung Elm.) Und ebenso sind andere Versammlungen, Silberkämpfers und Simons über die Gewerkschaften als „Rekulturschulen“ der Partei nur faßlich ausgelegt, mißbraucht worden. Im Parteivorstand hat niemals die geringste Meinungsverschiedenheit darüber bestanden, daß die Gewerkschaften auf jede Weise von der politischen Arbeiterorganisation unterstützt werden müssen. Auch habe der Parteivorstand keines Augenblicks daran gezweifelt, welches die richtige Form der gewerkschaftlichen Organisation sei. Nicht erst die Kampfart der Sozialisten, die Partei und Gewerkschaft hätte schädigen können, habe den Parteivorstand zu dieser Entscheidung bestimmt, sondern er habe von jeder dieser Abspaltungsbemühungen aufs heftigste abgewehrt und alles getan, um die Einheit herbeizuführen. (Zustimmung) Nie habe der Parteivorstand die Sozialisten unterstützt, stets nur das Beste bei allen Auseinandersetzungen gewollt, die Einheitlichkeit der modernen Arbeiterbewegung. Deshalb solle man auch niemals etwas unterstellen, was er nicht habe sagen oder tun wollen. — Bei der Veröffentlichung des Protokolls sei ja die Generalkommission zweifellos formell im Rechte gewesen. Aber in jedem Momente mußte die „Vorwärts“-Redaktion sich gegen die zahlreichen gegen sie erhobenen Angriffe wehren. Die Preßkommission stand einstimmig hinter der Redaktion. Die Zeit drängte; wir mußten uns entscheiden. Sollten wir es auf einen Konflikt ankommen lassen und auf die Entscheidung der Generalkommission. Nur durch die sofortige Veröffentlichung des Protokolls konnten wir die Diskussion in den Grenzen halten, die im Interesse der Sache uns angemessen erschienen; nach der Veröffentlichung, die wir im klaren Bewußtsein unserer formellen Unrechtheit vornahmen, hätten wir die Genutzung konstatieren zu können, daß noch nie ein Streit in der Partei mit solcher Grundsätzlichkeit und Sachlichkeit geführt worden ist. (Zustimmung.) Der Redner wendet sich dann zu dem im Laufe des Jahres gegen den Parteivorstand erhobenen Angriffe. Die Ueberlist über die Auslieferung der Jenaer Beschlüsse liegt dem Parteitag vor. Die erwünschte Einigung mit der P. P. S. ist nach sehr kurzen Beratungen zustande gekommen und wird hoffentlich zu einem dauernden fruchtbringenden Zusammenarbeiten führen. Für die Agitation glaube der Parteivorstand sehr viel getan zu haben. Wenn aber jeder, der einen Vorschlag gemacht habe, dem der Parteivorstand nicht, oder noch nicht habe zustimmen können, dem Parteivorstand den Vorwurf der Unfähigkeit und Untätigkeit mache, so sei das wenig parteigewissig. Vielfach namentlich aus Anlaß der Reichstagswahlen sei dem Parteivorstand auch wieder der Vorwurf der Rückständigkeit und Pfennigsucherei gemacht worden. Der Parteivorstand habe zwar alle Ansprüche sorgfältig geprüft, aber wenn er 1906 so freigiebig sein werde wie bei den letzten 15 Reichswahlen, werde er die ganze Reserve aufzehren müssen. Das werde auch notwendig sein, da der Kampf immer intensiver werde. Auch zur besseren Ausgestaltung der Parteipresse werde der Parteivorstand alles Mögliche tun, insbesondere junge besfähigte Genossen als Volontäre in größere Parteireaktionen aufnehmen lassen. Keine andere Partei hat in einer doch kaum 4 Jahrzehnten alten Bewegung eine solche Summe von Intelligenz und Arbeitskraft hervorgerufen wie die Sozialdemokratie in den Angestellten der Partei, der Gewerkschaften, der Krankenkassen und Genossenschaftlichen. (Beifall.) Wenn die nötigen Einrichtungen geschaffen werden, werden auch alle Ansprüche, die die gewachsene Partei nach dieser Richtung hin stellen kann und muß, voll befriedigt werden. In diesem Sinne hat der Parteivorstand die Bildungsschule geschaffen; die zwar viel kritisiert worden ist, von der aber noch niemand gesagt hat, daß sie anders oder besser hätte eingerichtet werden können. Die neugeschaffene Partei-

Korrespondenz selbst noch nicht das, was der Parteivorstand in ihre zu finden gehofft habe, doch werde es hoffentlich noch gelingen, sie gut auszubauen. Eine Fülle von Agitationsmaterial zu den Wahlrechtsbewegungen habe der Vorstand überallhin verschickt. Von einer Protestbewegung gegen das „preussische“ Wahlrecht am Ende der Arbeiterwoche in Nürnberg, habe der Parteivorstand im Einverständnis mit den Genossen am Orte vorläufig Abstand genommen. Vorgeworfen worden sei ferner dem Vorstand, daß er bei der Wahlrechtsbewegung gebremst habe. In wieweit Revision der Parteigenossen sei die Meinung vorhanden gewesen, daß bei der Wahlrechtsbewegung stärkere Mittel hätten angewendet werden müssen, die Bewegung sei auf diesem Punkte angelangt. Das ist Auffassungssache. Berwerflich aber ist jedenfalls, wenn die stärksten Mittel nur gefordert werden, um selbige Beschlüsse der Partei zu diskreditieren oder einzelne Genossen bloßzustellen. (Aussprache.) Der Parteivorstand hat schließlich dem Genossen David mit der Abfassung eines Zeitabends für die praktische Parteiarbeit und dem Genossen Kagenstein mit der Abfassung eines Tätigkeitsberichts der Reichstagsfraktion seit der Reichstagsgründung beauftragt und erhofft eine wertvolle Verlesung der Parteiliteratur. Der Parteivorstand habe also reichliche Arbeit getan. Wenn er noch um einen Sekretär vergrößert würde und das Recht auf Anstellung von Hilfskräften erhalte, würde er alle erforderliche Arbeit gut leisten können. Neuerdings sei selbst in der deutschen Sozialdemokratie der Ausdruck getan worden, die Partei sei bedeutungslos. Den Gegenbeweis liefert schon heute die Begrüßungsworte der ausländischen Gäste. Nicht mit Verachtung, mit Stolz blicken wir auf die Arbeit des verflochtenen Jahres zurück. Wir können getrost in die Zukunft sehen. Wir sind stark genug, unsere Ziele unbezweifelt weiter zu verfolgen. Wir waren immer kampfbereit und werden es auch in Zukunft sein. (Vbh. Beifall.)

Hierauf erstattet der Parteikassierer Abg. Gersch den

Rassenbericht.

Er legt einen Ueberblick über die Leistungen der Partei an die einzelnen Provinzen und die Leistungen der einzelnen Provinzen an die Parteikasse vor. Danach hat im letzten Jahre z. B. Elsaß Lothringen 74 000 Mark Unterstützung erhalten und 103 Mark abgeliefert. Umgekehrt hat Berlin 125 000 Mark, die Summe aller Mitgliederbeiträge, unbeschränkt an die Zentralkasse abgeführt und noch 39 000 Mark darüber. (Bravo!) Der glänzend dastehende Agitationsbezirk Halle habe im verflochtenen Jahre keinen Pfennig abgeführt. Jetzt plötzlich hätten freilich die Hallenser Angst bekommen und geschrieben, das Geld sei unterwegs. (Große Heiterkeit.) Ehe man solche Leute, die sich weigern ihre Pflicht zu tun, nicht einmal vom allgemeinen Parteitag ausschließen, um ein Beispiel zu statuieren, würde es nicht besser werden. Bayern habe plötzlich die Mitgliederbeiträge auf 15 Pfg. reduziert und die restlichen 15 Pfg. für Votalschlüsse erklärt. Noch schlimmer habe man in Dessau gehandelt, wo man nur 10 Pfg. übrig gelassen habe. Ein solcher Trick, der bestimmt sei, die Partei um das festgesetzte Minimum von Beiträgen zu betrügen, widerstreite dem Geist und Sinne des Organisationsstatuts und verstoße gegen alle Traditionen der Partei. Die Leute, die so handelten, müßten einmal mit demselben Maße gemessen werden, mit dem sie die Gesamtpartei messen. (Vbh. Zustimmung.)

Gersch wird sein Referat nach der Mittagspause fortsetzen.

(Nachmittagsführung.)

Den Vorsitz führt Dreesbach, der pünktlich um 2 Uhr die Verhandlung wieder eröffnet. Nach Mitteilung einer Reihe weiterer Begrüßungstelegramme setzt Gersch den Vortrag seines Rassenberichts fort. Er kommt noch einmal auf die Vorenthaltung der Pflichtbeiträge zurück. Die Genossen, die sich auf das Minimum des Pflichtbeitrags beschränken, können sich nicht wundern, wenn aus Berlin und Hamburg sich eines Tages auf die Leistung ihrer Pflichtbeiträge beschränken. Dann würde die Partei aus den regelmäßigen Mitgliederbeiträgen eine jährliche Einnahme von 138 000 Mk. haben, soviel wie manche einzelne Zehntel einer einzelnen gewerkschaftlichen Organisation. Das Mißverhältnis zwischen Partei- und Gewerkschaftseinnahmen sei aber andauernd unerkennbar groß. Auch die Organisation mache nicht überall die gewünschten Fortschritte. Noch immer habe die durch das preussische Vereinsgesetz gebotene lose Organisationsform tiefe Spuren im Gedächtnis vieler Parteigenossen zurückgelassen, erscheine namentlich den Alten, die mit ihr das Sozialistengesetz überwunden hätten, als Idealform. So sei z. B. gerade die Organisation des in bezug auf die Gelddarstellungen mangelhaftesten Berlin — Berlin müsse auch einmal getadelt werden, sonst würden die Berliner gar zu übermäßig — in der Organisation noch ein Betheil hinter dem Reichsbereich zurück. Das sei nur erklärlich durch die physikalische Nachwirkung der alten Zeit. Aber auch sonst begegne die Parteiorganisation großen Schwierigkeiten, teils durch die enge Verbindung der Polizei mit dem Unternehmertum und deren Schikanen, teils durch die naturgemäß hohen notwendigen Anforderungen der Gewerkschaften und die großen Ansprüche durch außerordentlich hohe Parteisammlungen. Das sei zu berücksichtigen, wenn man über den gegenwärtigen Stand der Organisationsarbeit urteilen wolle. So hätten 33 Kreise noch gar keine Organisation, 48 das Vereinsmännersystem, darunter Mecklenburg, gezwungen durch das Vereinsgesetz, 38 Kreise zwar Vereine, aber noch keine Wahlkreiszentralisation, einen Wahlverein über den ganzen Wahlkreis hätten 278 Kreise; von den Vereinen hätten aber 113 noch unter 500 und 157 unter 1000 Mitglieder. Im Verhältnis zu den bei der letzten Wahl abgegebenen Stimmen betrage die Zahl der Organisierten 12,67 Proz., die Gesamtzahl der politisch Parteilosen 21,8 Proz., es folgen bei der Reihe nach Bremen, Hessen, Meckl. v. L., Altenburg, Lübeck, Württemberg, Sachsen. Alle Parteizeitungen hätten im abgelassenen Jahr Fortschritte und zwar erhebliche Fortschritte gemacht. 1903 habe die Parteipresse um 47 000, 1904 um 58 000 und 1905 um 158 600 (Vbh. Beifall.) zugenommen. Ein Hauptverdienst hätten die Genossen durch unermüdete Verbreitung der „Gleichheit“. Die Gesamtzahl der Abonnenten der Parteipresse betrage 837 790, ein Zeugnis unermüdeten Arbeit und unablässiger Mühe. Soweit wie die Parteipresse müssen wir auch die Organisationsförderung. Bemerken Sie doch, Gersch

hoffen, wir haben nur noch ein Jahr der Ruhe, dann werden wir wieder im Feuer ergreifen, einen Wahlkampf ausfechten müssen, so schau und schwer, wie wir ihn noch nie durchgemacht haben. Wir können jetzt den schwachen Punkt in unserer Geschicklichkeit, die Organisation. Da darf es für die Partei nur eine Parole geben: Bis zum nächsten Jahre müssen wir eine Million Abonnenten und eine Million organisierter Kämpfer haben. Wenn die Partei ihre Kraft dahinter legt, muß sie auch dahin gelangen und dann können wir wohlgerüstet in den Wahlkampf ziehen. (Vbh. Beifall.)

Es erstattet hierauf den

Bericht der Kontrollkommission

Reichstagsabg. Naden: Er gibt zunächst einen Ueberblick über die Entscheidungen der Kontrollkommission in den Revisionen von Genossen gegen Schiedsgerichtsurteile. Die Kontrollkommission habe sich in einem Falle aus Lübeck um den Standpunkt gestellt, daß die „ehelose Handlung“, um derentwillen der Ausschluß erfolgen müsse, nachgewiesen sein müsse, daß hingegen die bloße Beamtung oder Glaubhaftmachung der ehelosen Handlung nicht genüge. Eine weitere Beschwerde des Genossen Grimpe aus Elberfeld gegen den Parteivorstand richtet sich dahin, daß der Parteivorstand aus dem Fonds des Dortmunder Parteigeschäfts noch einige alte Schulden an Köhler und Doerflinger Geschäftsleute bezahlen solle. Die Kommission hat dieses Verlangen abgelehnt; es handelt sich um alte Verpflichtungen aus der Zeit, als Grimpe das Parteigeschäft als Privatunternehmer führte. Die Kommission hat sich, zumal da Grimpe bei der Uebernahme des Geschäfts durch die Partei ausreichend abgefunden worden sei, nicht zusammenfügen können, daß die Partei für diese alten Schulden aufzukommen nötig habe. — Gegen das festsprechende Urteil eines Schiedsgerichts anlässlich eines Streites in St. Johann-Saarbrücken hatte die den Ausschluß beantragende Partei Einspruch eingelegt. Die Kommission hat das Urteil des Schiedsgerichts bestätigt, da nicht eine einzige neue Verurteilungsvorgabe vorgebracht und der ganze Ausschlußantrag mit der größten Fahrlässigkeit auf ganz leichtfertigen Klatsch gegründet worden war. — Gegen das Schiedsgerichtsurteil in Sachen Berner-Markwald in St. Jorh hat Markwald Berufung eingelegt. Auch die Kontrollkommission hat nicht den mindesten Grund eingesehen, die Genossen Berner und Rubendunst aus der Partei auszuschließen. Markwald hatte sich der Kommission angeboten, wenn er ein Mandat bekäme, um die Hälfte seines bisherigen Gehalts für die „Märkische Volksstimme“ weiterzuarbeiten. Zugleich belundete er seine Geneigtheit, Berner trotz des vorgekommenen Streites „goldene Brücken zu bauen, wenn er Brot braucht.“ Die Kommission hat Markwald von seinem Amte beurlaubt und diesen Beschluß bekannt gegeben und dieser hat, weil es bei der Veröffentlichung des Beschlusses den Titel „Genosse“ weggelassen hatte, Ausschlußantrag gestellt. Weber das Schiedsgericht noch die Kontrollkommission hat in Berner's und Rubendunst's Verhalten die Spur eines ehelosen Verhaltens finden können. Eine fünfte Beschwerde betraf einen Streikbruch in Hamburg II. Auch hier erfolgte Einspruch unter scharfem Tadel, weil die Uebertretung der Spirre jahrelang zurück lag und der Metallarbeiterverband bereits dafür Verzeihung gewährt hatte. Zurzeit des Streikbruchs war übrigens der Schuldige Th. nicht organisiert. Jedenfalls ist es jetzt verjährt. Eine weitere Beschwerde betraf den Fall Sybel in Dortmund, der von der örtlichen Organisation ausgeschlossen worden war. Da die Kontrollkommission aus formalen Gründen nicht eingreifen konnte, hat sie Sybel empfohlen, einen Antrag auf Wiederaufnahme beim Parteitag zu stellen. — In Sachen Emrele-Mühlhausen ist eine Einigung zwischen Parteivorstand und den Genossen am Ort erzielt worden, deren Wortlaut schon früher bekannt gegeben worden ist. — Die achte Beschwerde war die des Genossen Buchdruckerbesitzers Günther in Braunschweig, der 6000 Mk. Schadenersatz beanspruchte, weil die Genossen bei der Uebernahme des „Volksfreundes“ in Parteiregale seine Druckerei nicht mitübernahmen. Parteivorstand wie Kontrollkommission haben ihn abwiesen müssen. — In Heidelberg wurden am 16. September d. J. die Genossen Precht und Spinger durch Schiedsgerichtsurteil ausgeschlossen. Precht hat im Zentrumsblatt „Wälder Woten“ im August zwei anonym Artikel, später einen „Offenen Brief“ mit Namensunterschrift veröffentlicht. Das Schiedsgericht erblickt in dieser Handlungsweise eine ehelose Handlung, eine Auffassung, der sich die Kontrollkommission angeschlossen. Spinger schloß sich dem Vorgehen Precht's in einer Erklärung an; sein Ausschluß wird ebenfalls gutgeheißen. — Als letzte Beschwerde kommt die des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes in Berlin, vertreten durch den Genossen Wiesenhal, wegen Sperrung des „Vorwärts“ für Streikannonzen. Die Kontrollkommission hat, da Wiesenhal auch nach Maastricht gekommen, ihm angehört, ebenso wie den Genossen Ebert vom Parteivorstand und die Genossen Wels und Greuer als Vertreter der Berliner Kommission. Sie hat danach die Beschwerde zurückgewiesen, weil der „Allgemeine Metallarbeiterverband“ als Abspaltung und Sonderorganisation entschieden zurückgewiesen werden muß. Auf keinen Fall dürfe der „Vorwärts“ solchen die allgemeine Arbeiterbewegung schädigenden Versuchen Vorschub leisten. Die Sprecher der „Vorwärts“-Redaktion, nur Angelegen von solchen Gewerkschaften aufzunehmen, die dem Parteil über der Gewerkschaftskommission angeschlossen sind, hat sich bewährt. Unberührt bleibt davon das persönliche Urteil über den Streit zwischen dem Metallarbeiterverband und Wiesenhal. Die Kontrollkommission hat ferner die ihr zugewiesenen Revisionen gewissenhaft vollzogen und beantragt für die gesamte Tätigkeit des Vorstandes nach allen Richtungen hin Entlastung. Aber ich kann diesen Bericht der Kontrollkommission nicht schließen, ohne den schweren Verlust zu beklagen, den wir erlitten haben. (Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen und hören stehend den Nachruf an.) Heinrich Meißner ist tot, der besten und tatkräftigsten Genossen einer. Meißner war einer von der alten Garde. Seit mehr denn 40 Jahren hat er unter der Fahne des Proletariats gewaltig gearbeitet wie politisch in den ersten Reihen mitgekämpft. Seit dem Berliner Parteitag war er Vorsitzender der Kontrollkommission, und wir wissen am besten, was wir an Heinrich Meißner verloren haben. Wo der Kampf am wildesten tobte, stand Heinrich Meißner. Durch seinen festen Kampfesmut und sein großes kameradschaftliches

Wesen erwarb er sich die Herzen und die Freundschaft aller, die mit ihm zusammenkamen. Er war der Mann, der die Proletarier im besten Sinne. Als Proletarier hat er gelebt und ist er gestorben. Er hat sich keinen Pfennig verdienen können, aber er erwarb sich das höchste Gut: die Liebe des Volkes. Auch der Parteiung wird das Andenken Heinrich Meißner's stets in Ehren gehalten, denn er mag immer besten einer. (Die Delegierten haben den Nachruf in tiefster Ergriffenheit schweigend angehört. Erst nach längerer Pause haften sie dem Redner für sein Referat durch stehenden Beifall.)

Die Diskussion über die vorgelegten Berichte wird eröffnet.

Rudolf Hochmuth begrüßt den Antrag, den Parteivorstand um zwei Sekretäre zu vermindern. Wenn der Vorstand zehnfach worden sei, der Parteivorstand habe hier und da nicht seine volle Pflicht getan, so habe ihm niemand Unbilligkeits vorwerfen wollen, sondern nur ausgedrückt, daß er überlastet sei. Auch zu Agitationsreisen hätten seine Mitglie der keine Zeit. Eine ausgiebige Vermehrung der Parteisekretäre würde diesem Uebel abhelfen.

Abelung-Mainz stellt und begründet den Antrag, der Provinzialpresse den Bericht der Fraktion und der weiblichen Vertrauenspersonen als Beilage beizufügen. Der Vorstand belästet sie zu schwer und vollzogen sich zu langsam.

Conrad-Machen Stadt: Raum je hat und ein Parteivorstandsbuch so gefüllt, wie dieser mit der Parteipresse verbunden, und der Rednerkulte und der Sammlung der vom Reichstag seit 1870 gestellten Anträge. Freilich hätten wir noch mehr Berücksichtigung des westlichen Industriegebietes mit einem schweren Kampf gegen das Zentrum gewünscht. Denn dort wird die Erbfeindschaft zwischen Kapital und Arbeit geschlagen werden. — Drei Berichte von Genossen möchte ich vorschlagen, im ganzen Reich für die Partei 10 Pfg. Beitrag möglichst zu erheben. Den einzelnen Orten bleibt dann die Erhebung von Votalschlüssen überlassen. Die Höhe der Beiträge hat — das beweisen ja die Gewerkschaften — niemals die Organisierung größerer Massen verhindert.

Auf einen Geschäftsordnungsantrag von Schelbe-Dortmund beschließt der Parteitag, zu Punkt 4 der Tagesordnung nicht nur die Jenaer, sondern auch die Kölner Resolution zum Massenstreik den Delegierten gebredt vorzulegen.

Abg. Peus-Dissau protestiert dagegen, daß Gersch die Dessauer Parteigenossen lächerlich gemacht habe. Er habe die Anhalter als große Sünder hingestellt, (Burf: Mit Recht!) aber sie hielten sich mit der Leistung des Minimalpflichtteils streng an das Statut. (Aachen!) Sie hätten nichts von den horrenden Summen abbekommen, die der Parteivorstand nach einzelnen Genossen gepeinet habe. Sie hätten aus dem kleinen Dessau 60 000 Mk. für die Uebernahme des Parteiblattes auf gemeinschaftlichem Wege herausgebracht, aus eigenen Mitteln einen Parteisekretär angestellt, und Geld für die kommenden Reichstagswahlen gesammelt. Künftig würden sie auch für die Gesamtpartei nichts leisten können. Redner empfiehlt schließlich die Anstellung von Parteisekretären zur intensiveren persönlichen Agitation für jeden einzelnen Wahlkreis.

Groth-Stettin empfiehlt die Anstellung von mehr Sekretären im Parteivorstande, damit sie u. a. auch die Provinzialparteitage mehr besuchen könnten. Er wünscht im Parteivorstandsbericht eine ausführlichere Berücksichtigung der Berichte der Landessekretäre und bittet, das Korrespondenzblatt der Partei auch den agitatorisch tätigen Gewerkschaftsführern zuzustellen.

Schelbe-Dortmund: Die 41 000 Mk., die Westfalen bekommen hat, entfallen hauptsächlich auf Ruhrgebiet mit seiner ungeheuren Wählerfluktuation und seinem besten Nachwähler. 12 000 Mk. davon hat die Verbreitung eines Flugblattes über die Vorwärts-Affäre gekostet. Schuld daran ist aber auch die Reichstagsfraktion, die durch ihr Fehlen bei der ersten Vorwärts-Interpellation so viel böses Blut im Ruhrgebiet erregte. Da mußte der Parteivorstand ein kleines Pflasterchen auflegen, und das kostete eben 12 000 Mark. (Heiterkeit!) Mit den Parteisekretären haben wir die besten Erfahrungen gemacht, unser Dortmunder Wahlverein hat durch unsere Sekretäre in zwei Monaten um 500 Mitglieder zugenommen. (Bravo!) In der Frage der Veröffentlichung des „Protokolls“ der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände billigen wir formell den Standpunkt der Kontrollkommission, material aber des Parteivorstandes. So hat einflussreich auch das Dortmunder Gewerkschaftsblatt beschlossen. Die Veröffentlichung war notwendig zum Schutze der Gewerkschaftsführer selbst. Der lokale anarcho-sozialistische Maurer Verein aus Berlin hat z. B. in Dortmunds Bismarckstraße verurteilt, er habe in der Konferenz die Wahlrechtsbewegung einen lächerlichen Hummel genannt. Und wir konnten diese Dinge nicht widerprechen, weil wir das Protokoll nicht konnten. Erst die Veröffentlichung hat diese lasernen Schädigungen von Partei und Gewerkschaft ein Ende bereitet. (Beifall.)

Abg. Ehrhart-Ludwigshafen: Was ist denn unserm Finanzminister in die Krone gefahren, daß er eine solche Sprache führt gegen die Bayern? (Gr. Heiterkeit.) Na, er wird schon Wasser in seinen Wein tun. (Burf: Wälder Wein! — Heiterkeit.) Gersch lobt die Berliner, schmeichelt ihnen; ich weiß nicht, welche Abficht er dabei gehabt hat. (Große Heiterkeit.) Berlin hat doch auch große Vorteile von der Partei. Dort sitzt das Rentamt (Heiterk.) und alle in der Provinz flüchtig gewordenen Genossen ziehen dahin; jeder Redakteur und jeder Gewerkschaftler sucht möglichst bald nach Berlin zu kommen. (Burf von Gersch.) Ach, sei Du doch still, Du bist ja auch nach Berlin gegangen! (Gr. Heiterk.) Wir haben schon in Jena gesagt, wir Bayern müßten so handeln, wie wir gehandelt haben. Wir glauben, eine Umformierung der Beiträge über das ganze Reich kommt nur Schaden, und ich würde sie als ein Unglück für die Partei entscheiden bekämpfen. Wir Bayern aber sind nicht der Schule Peus gefolgt, obwohl hier auch Peus einmal einen guten Gedanken gehabt hat. (Heiterkeit.) Wir haben, ohne einen Pfennig Entschädigung zu verlangen, Gersch zum Leiter unserer Wälder Parteiorganisation gemacht. (Große Heiterkeit.) Wie kann er denn da noch von Verumpfung der Bayern usw. reden? Er hat den Bryn sogar mit dem Geldbeutel bedroht. Ich bedaure, daß Weber keine Nachstellung in Organisationsfragen so wenig ausmacht; sonst würde er mit uns dafür sorgen, daß kein Funken eines solchen Kapitalismus in der Partei sein Wesen treiben darf. Die großen Parteianrechnungen können viel mehr für die Partei leisten

als die bayrischen Sozialisten mit ihrem unheiligen Pfannkuchen. Sie glauben natürlich, daß aus Bayern ist, stammt vom Gassen Volk. Aber dieser Witz über den Beitrag an den Vorstand — ich kann es ihnen sagen, aber im Vertrauen (Große Felleit!) — stammt von uns Pfälzern. (Felleit!) Zu: Rath! Na, und kann Sie doch (Felleit!) Der Vorstand ist zu seinen Vorwürfen gegen uns überhaupt nur deshalb gekommen, weil er nicht voll seine Schamlosigkeit getan hat und hier schwere Vorwürfe erwarbete. Da stellen Sie es für eine geschickte Taktik den Spieß umzulegen und nehmen uns gute, beschönigende Sachen als Sünderbuch her. (Große Felleit!) Auf die läßt sich ja am allerbesten losgehen. Jetzt würde ich den Vorwurf machen, daß hierüberhören, wo hineingebohrt werden muß. Aber... (Lode des Vorl. — Zurufe: Weiter reden!) Sie sehen ja, wie unglücklich ich bin. Unten rufen Sie, ich soll weiterreden, und oben klingelt es Schluß. (Große Felleit!)

Wol. Singer: Die Redezeit ist schon um 3 Minuten überschritten.

Abg. Ehrhart: Also mag Gerlach den Berlinern Schmeichelei, ich schmeichle mir, aber nicht auf Kosten des Vorgesetzten. (Felleit und Welle!)

Gewehr-Club: Ich anerkenne, daß der Parteivorstand für die Zukunftsbesitzes Sozial gegeben hat, als er lokale. Auch seine Vorwürfe gegen Süddeutschland sind durchaus berechtigt. Vielleicht würde sich doch eine größere Zentralisation empfehlen, damit wir die Süddeutschen besser kennen lernen und ihnen nicht mehr, wie Dreesbach gestern sagte, ohne Grund den Vorwurf des Revisionismus gemacht wird. Auch die Schaffung eines einheitlichen Beitrags wird sich auf die Dauer nicht umgehen lassen. — Der Redner empfiehlt einen Ausbau der von Gerlach heute vorgelegenen Statistik und wünscht im Korrespondenzblatt Berichte über die Reichstagskommissionen. (Bravo)

Thiele-Halle: Daß Gerlach uns Hosen mit der Polkaune mehrfach angeblasen hat, müssen wir uns gefallen lassen, daß er uns aber mit dieser Polkaune auch über den Kopf geschlagen hat, war zu viel. Andere Kreise und Städte sind in gleicher Lage, ohne daß sie geküßelt worden sind. Wenn die Presse den gewünschten Aufschwung nehmen soll, müssen die Reichskommissionen mehr Mittel für die Redaktionen zur Verfügung stellen. Im Berichtsjahr sind Dinge vorgekommen, die wenig erfreulich waren, ich will sie aber nicht beharren; nur ein Wort zum Ausklang. Ich will sie aber nicht beharren, es handelt sich um den Artikel des „Vorwärts“ gegen einen unserer Mitkämpfer und Kollegen von der Feder unter der Überschrift „Eine läppische Lübeck“. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Zu solchem Ton lag sachlich gar kein Anlaß vor. (Rufe: O doch! Rufe: Nein!) Was würde der „Vorwärts“ sagen, wenn ihm die Provinzpresse diesen Artikel als journalistische Feigheit heimgezählt hätte. (Rufe: Raus!) Der „Vorwärts“ hat sich schon als Zentralorgan der Partei eines solchen Tones zu enthalten, der allem Anstande Hohn spricht, und es wäre Aufgabe der Parteileitung gewesen, hier gerade beim Geschäftsbericht zu erklären, daß sie sich mit solcher Schreibweise des Zentralorgans nicht identifizieren. Solche Ausschreitungen sind schon öfters vom „Vorwärts“ verübt worden, nicht bloß in dem letzten Fall, und sie müssen aufhören.

Däumig-Halle: verteidigt den Saalkreis gegen die Angriffe Gerlach's. Halle habe jetzt ein großes Unternehmen vor, das eine halbe Million kosten werde. Es habe sonst stets seine volle Schuldigkeit getan.

Schmitt-München: weist Gerlach's Angriffe auf die Bayern zurück. Die Organisation sei noch im Übergangsstadium. Die Form der Angriffe Gerlach's sei ganz unangebracht. Die Bayern würden es sich nicht ruhig gefallen lassen, in dieser Weise vor dem allgemeinen Parteitag gerüffelt zu werden.

Reinhardt-Hannover: macht darauf aufmerksam, daß die Reichstagswahlen in Hannover die Parteikasse einen Mißstand gekostet habe. Aber auch sonst seien Gerlach's „Durchschnittsberechnungen“ ganz ungenau. Hannover habe 60 000 Mk. nur gegen hohe Zinsen geborgt erhalten und hätte das Geld nur aus Gefälligkeit gerade vom Parteivorstande genommen. (Felleit!) Der Zahl der Organisierten nach habe Hannover weit über dem Durchschnitt; im letzten Halbjahr sei es von 3500 auf 10 000 Organisierte gestiegen. Energetisch protestieren müsse werden, gegen die Anweisung Gerlach's, wer nicht seine Beiträge gezahlt habe, werde künftig nicht zum Parteitag zugelassen werden. Das sei die Übertragung preussischer Polizeimethoden auf die Partei. (Beifall.)

Die weiteren Verhandlungen werden auf morgen halb neun Uhr vertagt.
Vorsitzender Singer: teilt mit, daß von morgen an dem Parteitag der Verhandlungen der Reichstagswahlen „Korrespondenz“ zur Verfügung stehe. (Zu: Welle!) Das sei um so erfreulicher, als in diesen Tagen zu engen Räumen die ordnungsgemäße Abwicklung der Verhandlungen doch nicht möglich sein werde.
Schluß 6 Uhr.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung Politischer Waffenstreik

legt Vöbel folgende Resolution vor:
1. Der Parteitag bekräftigt die Beschlüsse des Jenaer Parteitag's den politischen Waffenstreik betreffend.

Der Parteitag empfiehlt nochmals besonders nachdrücklich die Beschlüsse zur Nachachtung, die die Stärkung und Ausbreitung der Parteileitung, die Verbreitung der Parteipresse und den Beitritt der Parteigenossen zu den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmitglieder zur Parteileitung fordern.

Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Waffenstreiks für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen.

2. Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendige Organisationen für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Dieselben stehen an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die

Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung der sozialen Klassen aller beruhenden Erzeugnisse und Austauschwerte, also der sozialistischen Gesellschaft erstrebt. Ein Ziel, das auch der Klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationsformen sind also öfters in ihren Kämpfen auf gegenseitige Befähigung und Zusammenarbeit angewiesen.

Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Bestreunungen der beiden Organisationsformen sich zu verständigen suchen.

Die Einladung zu einer solchen Beratung hat diejenige Zentralleitung ergeben zu lassen, von der die Anregung zu der Beratung ausgeht.

Gegen die „Anarcho-Sozialisten“

legt dem Parteitag diese Resolution vor:

Während die unter gewerkschaftlichen Kreisen aufstrebenden politischen Organisationen, genannt „Freie Vereinigungen deutscher Gewerkschaften“, sich immer bewußter in den Dienst anarcho-sozialistischer Propaganda und Ziele gestellt haben,

welche ferner diese Organisationen entgegen den Beschlüssen der Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, welche der Arbeiterklasse die gewerkschaftliche Organisation in Betriebsverbänden empfehlen, die gewerkschaftlichen Betriebsverbände fortgesetzt in der gewöhnlichen Weise bekämpfen,

welche ferner diese Organisationen bei offener Gelegenheit zu den Beschlüssen sozialdemokratischer Kongresse der anarcho-sozialistischen Generalzeit propagieren und überdies durch eine besondere Unterbreitung ihres Organisationsprogramms die anarcho-sozialistische Agitation direkt gefördert haben,

und weil die Vorstände dieser „Freien Vereinigungen“ interne Beratungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission über das Verhalten bei politischen Massenstreiks — die schon aus Gründen der Parteistategie geheim bleiben mußten — in der „Einigkeit“ veröffentlicht und dadurch die Partei zum Gegenstand allgemeiner Angriffe gemacht haben,

erklärt der Mannheimer Parteitag:
daß diese anarcho-sozialistischen Vereinigungen keine einheitliche Gemeinschaft mit der modernen Arbeiterbewegung haben, und daß jede Mitarbeit von Parteigenossen undredbar mit der Förderung der Partei ist. Den anarcho-sozialistischen „Freien Vereinigungen“ ist der redaktionelle Teil der Parteipresse zu verschließen und sind die Redaktionen verpflichtet, der anarcho-sozialistischen Propaganda und Organisation mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.
A. von Elm und 27 Genossen.

Die Öffnung der Grenzen im Interesse einer

Vinderung der Noth und der Fleischnahrung wollen die Regierungen der thüringischen Staaten gemeinsam in einer Eingabe an den Reichskanzler fordern. Man sollte meinen, daß die Klagen endlich Gehör finden müßten. Aber es sind ja auch hier nur die Kleinen, und da hat der „große Bruder“ Preußen immer recht. Und der wird in diesen Fragen ja von dem edlen Pod repräsentiert, der schon weiß, was dem agrarischen Schwelmebüchtern frommt.

Landtagsersatzwahl. Bei der gestern in Aurich vorgenommenen Ersatzwahl zum preussischen Landtag wurde Konstantinpräfident Gehoff (seikom.) einstimmig gewählt. Von 344 Wahlmännern waren 199 erschienen. — Man sieht hieraus, wie unter dem elendesten aller Wahlsysteme das Interesse an der Wahl erlahmt.

Der braunschweigische Landtag hat Dienstag eine Resolution beschloffen, in der er, nach den üblichen Lobesphrasen auf den verstorbenen Regenten, den Wunsch einer eadquilligen Ordnung der Regierungsverhältnisse zum Ausdruck bringt und erklärt, daß es geboten und der gegenwärtige Zeitpunkt geeignet sei, nicht sofort zur Wahl eines neuen Regenten zu schreiten, vielmehr an zunächstiger Stelle den Versuch zu machen, auf eine Befestigung der gegenwärtigen Verhältnisse der Provinz Preußen und der jüngeren Teile des „braunschweigischen Herrscherhauses“ hinzuwirken. Der Landtag richtet dazu an den Regententhron den Antrag: Dem Reichskanzler als Vorsitzenden des Bundesrates zu ersuchen, die zur Befestigung der bezeichneten Gegenstände geeigneten Schritte zu tun und zugleich diese Resolution zur Kenntnis der künftigen preussischen Staatsregierung und seiner königlichen Hoheit des Herzogs von Cumberland und zu Braunschweig und Lüneburg zu bringen. Nach der Annahme der Resolution vertrat sich der Landtag.

Die Leipziger Berufsklassen-Wahlrechtsvorlage des Stadtrats ist von dem mit der Vorberatung der Vorlage beauftragten Ausschusse des Stadtorientationskollegiums abgelehnt worden. Dem wird sich wohl auch das Plebeum des Kollegiums anschließen.

Bei den Bezirkswahlen in Elb-Lothringen haben am Sonntag im zweiten Wahlgang unsere Genossen noch drei Mandate erobert. In Schillingheim wurde Genosse Fuchs mit 2297 gegen 1508 liberale Stimmen gewählt. In Schillingheim siegte Genosse Hoffmann mit 1630 Stimmen; der liberale Kandidat erhielt 1019, der Nationalist 920 Stimmen. In Gehweiler erlangt Genosse Müller mit 2119 Stimmen den Sieg gegen 1652 sogenannte parteilose und 512 liberale Stimmen. In Schirred fehlt in unserem Kandidaten nur 38 Stimmen zum Siege. In Metz wurde der Liberale mit Unterstützung der Sozialdemokraten gewählt.

Rußland.

Eine Palastverschwörung gegen den Zaren? Von einer Palastverschwörung in Peterhof berichtet in London vorliegende Meldung. Der Zwed der Verschwörung, an deren Spitze die Großfürstin Nikolajewitsch und Wladimir Alexandrowitsch ständen, sei die Entführung oder die Abdankung des Zaren. Der Anschlag der Großfürstin zielt nicht auf eine Aenderung im Regierungssystem, sondern in der Person des Regenten ab. — Es wäre ja nicht das erste Mal, daß ein russischer Despot seinen Helfershelfern zum Opfer fiel.

Eine Bauernrevolte. Im Bezirk Kurland in der Nähe von Riga haben die Bauern sämtlicher Dörfer auf die Verhinderung der Gutsbesitzer im ihren Land zu verpflichten, durch Anzündung von Strohscheubeln einen gewaltigen Brand verursacht, der sich infolge gewaltiger Verhinderung von Lösungsversuchen seitens der Bauern in dem Bezirk verbreitet hat. Die Bauern haben die Gutsbesitzer verjagt und sich bewaffnet, um den zurückkehrenden Truppen Widerstand zu leisten.

Von der Revolution. Gestern abend wurde in Baku aus mehreren Wirtshäusern auf Polizeibeamte geschossen. Polizeipatrouillen erwiderten das Feuer und gaben 1 1/2 Stunde lang auf die Wirtshäuser, aus denen geschossen worden war, Salven ab. Eine Person wurde getödtet, mehrere wurden verwundet. Drei Personen, die auf die Polizei geschossen hatten, gelang es, zu entkommen.

„Selbsttöten“ der zaristischen Soldaten. Von einem selbsttödtenden Dragoner wurden Montag vier Personen, darunter drei Kinder, erschossen.

Senker an der Arbeit. Der unbekannt gebildete Mann, der sich für den Bauern Wastrow ausgegeben hatte und der am 15. Juli im Peterhof bei Paul den General Koslow tödtete, den er für den General Trepow hielt, ist zum Tode durch den Senat verurteilt worden. — Das Reichsgericht in Sadowitz hat Montag das Urteil über die Reuter'schen Mordkompanie in Swaborg. Von 174 Angeklagten wurden vier zum Tode durch Erschossen verurteilt.

Riesenbiebstahl. Montag abend brachen einige anständig gekleidete junge Leute in die Wohnung eines Hausverwalters in Petersburg ein, schloffen die Anwesenden in ein Zimmer ein und erklärten, daß vor der Tür dieses Zimmers eine Bombe niedergelegt sei. Dann raubten sie Wertgegenstände, Briefe und Wechsel im Betrage von 200 000 Rubel. Die Räuber entkamen. — In einer Intendantur-Niederlage wurde ein Diebstahl von 1 000 000 Rubel Leinwand im Werte von 80 000 Rubel entdeckt.

Ruba.
Friede im Sicht! Auf Ruba haben sich nach einer Ablehnung des Reuter'schen Bureau's die Regierung und die gewählte Partei bereit erklärt, die Forderungen der Ukrainer und der Aufständischen in allen Punkten nachzugeben. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: Auf Ruba wurde gestern der Waffenstillstand ausgerufen.

Lübeck und Hamburgerbote

Mittwoch, den 26. September.

Achtung, Holzarbeiter. Nach Aufhebung des Streiks sind die Kollegen ausgeperrt. Zugang von Tischlern, Drechslern, Maschinenarbeitern und Hülfsarbeitern ist deshalb strengstens fernzuhalten.

Achtung, Schneider! Ueber die Werkstatte von Siez, Fadenburger Allee, ist die Sperre verhängt.

Die Bürgerchaft trat am Montag zu einer Beratung zusammen, die zwar sehr lange dauerte, aber nur wenige interessante Momente aufwies. Bei der Erörterung über den Senatsantrag betr. Verleihung des Entzignungsrechtes an die Lübeck-Büchener Bahn wurde es mit vollem Recht kritisiert, daß die Zugverbindungen auf der Büchener Strecke sehr mangelhaft sind. Die Post von Berlin erreicht Lübeck auf dem Umwege über Neustrelitz schneller als auf der direkten Strecke über Büchen. Im sogenannten Zeitalter des Verkehrs eine recht eigenartige Erscheinung. Ebenso eigenartig ist es, daß die Hamburger von ihrem Orte jeden Sonntag Lübeck viel billiger erreichen können, als die Lübecker ihre große Schwesterstadt an der Elbe. Es ist tatsächlich eine Notwendigkeit, daß wenigstens allsonntäglich billigere Züge von hier nach Hamburg fahren. Am Senatsliche schied man sich hierzu aus, was darauf schließen läßt, daß dort keine Absicht vorhanden ist, für irgendwelche Verkehrsverbesserungen bei unseren Privatbahngesellschaften einzutreten.

Die Schaffung einer Entwässerungsanlage in der Ernststraße, Habenstraße und im Grünen Weg hat der Bürgerchaft schon manche Stunde gekostet. Der Senat beabsichtigt Tonsinklöcher anzulegen, die Bürgerchaft will dieselben nicht. Dieser Standpunkt wurde bereits früher von den beiden Körperschaften vertreten, ebenso am Montag. Jetzt soll eine unglückliche Kommission einen Ausweg aus diesem Dilemma suchen; ob sie einen solchen finden wird, ist mindestens sehr zweifelhaft.

Die wichtigste Vorlage, welche auf der Tagesordnung stand, war diejenige betreffend Erhebung einer Gewerbesteuer von dem Betriebe der Gast- und Schankwirtschaften, sowie des Kleinhandels mit Spirituosen, und der Entwurf eines Nachtrages zu den Gehührentarifen der Senatskanzlei, der Refusbehörde in Gemeindefachen, des Polizeiamtes, des Finanzdepartements, des Stadt- und Landamtes und der Stadtdeputation. Das Motto zum Senatsantrag lautet: Tue Gutes und laß dir keinen Feind. Man will die Staatsfinanzen durch kleine Mittel aufbessern, und deshalb sollen höhere Gebühren und Steuern besonders von einem einzelnen Gewerbe ertrichtet werden. Die Bürgerchaft hat sich schon einmal mit der Sache befaßt, konnte und mochte die Vorlage jedoch nicht ablehnen und verwies sie deshalb an eine Kommission. Diese hat nunmehr Bericht erstattet und durch denselben bewiesen, wie eine Kommission nicht arbeiten soll. Manlos wurden einzelne Sätze in's Ungewisse erhöht; dafür sollte aber nach dem Willen der Kommissionsmehrheit die Schankgewerbesteuer ganz abgelehnt werden. Die Bürgerchaft in ihrer Majorität kam denn auch zu der Ansicht, daß die Kommissionsvorläge noch schlechter seien als die Senatsvorlage und nahm deshalb letztere mit einigen unwesentlichen Abänderungen an. Bei der ausgesprochenen Vorliebe unseres Klassenparlamentes für das Reaktionsärste wundert uns diese Stellungnahme beinahe. Das lange und langweilige Gerede, welches als Beratung gelten sollte, wurde zeitweilig unterbrochen durch unfreiwillig-komische oratorische Hochsprünge des Weislinger Dorfherbauptes. Ein einziges Mal erreichte die Debatte ein höheres Niveau, und das war, als Genosse Wisell mit beider Ironie die „gründliche Arbeit“ der Kommission verpflichtete und ihre Unsinzigkeit nachwies. Die Tatsache, daß auch Gen. Schwarz der betr. Kommission angehörte, suchte der Anwalt der Sozialdemokraten, Dr. Wittern, zu einem Angriff auf die Sozialdemokraten zu verwenden. Er meinte —

Jedenfalls sollte es ein Miß sein — wie es werden würde, wenn erst mehr sozialdemokratische Mitglieder in den Kommissionen säßen. Unserer Meinung nach könnten die Kommissionen dadurch nur gewinnen, ohne daß es ausgeschlossen ist, daß unsern Genossen auch einmal ein Verium mit unterläuft. Ganz besonders komisch nahm es sich aber aus, als Dr. Wittern die Beschlüsse der Kommission zu verteidigen suchte und dabei einen Beweis von Geseßsunkenntnis ablegte, der seine juristischen Fähigkeiten nicht gerade im glänzendsten Lichte erscheinen läßt. Er wußte nämlich nicht einmal, daß es in § 60 der Gewerbe-Ordnung heißt, daß Wandergewerbebescheine nur für ein Jahr gelten, sondern behauptete steif und fest, dieselben bräuchten überhaupt nur einmal ausgestellt werden. Und ein solcher Mann wollte über den Irrtum eines andern spotteln! Genosse Wiffell ermangete nicht, dies geblühend festzunageln und bedankte sich schönstens für die Verteidigung durch einen derartigen Anwalt des Rechts. Beachtenswert ist es, daß der „Landbote“ aus Anlaß der Mitwirkung des Genossen Schwarz in der Kommission einen häßlichen Angriff auf unsern Reichstags-Abgeordneten macht, dagegen den eklatanten Reinfall Dr. Wittern's ganz untergeschlägt. Eine traurige, aber echt „radikal-reifemüde“ Methode.

Schließlich wurde die ganze Vorlage in der ihr vom Senat gegebenen Fassung — mit nur unwesentlichen Änderungen — angenommen. Selbstverständlich stimmten unsere Genossen dagegen. Ob die Birte wohl etwas daraus lernen, wenn sie von der reaktionären Mehrheit des Reichstages oder der reaktionären Majorität der Bürgererschaft mehr belastet werden. Wir glauben das kaum. Man wird zwar erst ein wenig schimpfen, dann versuchen, die Lasten auf die Konsumenten abzuwälzen, und ist schließlich selbst ein Mitglied der Bürgerchaftsmajorität, wenn es gilt, den Arbeitern Rechte zu beschneiden.

Da die Beratung der Schankgewerbesteuer usw. bis 10 1/2 Uhr gedauert hatte, so wurde die Sitzung abgebrochen. Am kommenden Montag soll der Rest der Tagesordnung aufgearbeitet werden.

Aufgehobener Markt. Der seither alljährlich im Monat Juni zu Schluß abgehaltene Kram- und Viehmarkt ist aufgehoben worden.

Der Hochstapler Poppe, der in Hamburg verhaftet wurde, hat sich dort als emer. Pastor Köhler ausgegeben, der für eine auswärtige Kirche sammle. Er nahm in einem Hotel auf St. Pauli Wohnung und näberte sich einem Geschäftsmann, dem er für 60 Mk. Wäsche abzwandelte. Ein Versuch, einem in Altona wohnenden Möbelhändler für 700 Mk. Möbel abzuwickeln, mißglückte ihm. Er wurde dabei festgenommen.

Der Serienmörder Wehrmann, dessen Verhaftung wir gestern meldeten, ist gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt worden.

Die 162er kamen gestern abend mittelst Sonderzuges aus dem Mansder wieder in Lübeck an. Sie werden froh sein, nach den anstrengenden Tagen wieder in ihrer Garnison zu sein.

Sausa-Theater. Der so überaus glänzend eingeschlagene erste Spielplan geht seinem Ende entgegen. Nur noch

4 Tage und die Künstlerchar nimmt Abschied von uns. Durch das Engagement der Phantastie-Tänzerin Margerita mit ihrem goldenen Wundergarten wollte die Direktion den Lübeckern die größte elektrische Ausstattungs-Feerie geben, welche überhaupt am Barolo existiert und wir können versichern, daß man bisher in Lübeck noch niemals so etwas gesehen hat.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein Ring-Bier.

Zwei Fahrräder unterschlagen. Ein hiesiger Staurmann übergab am 24. ds. Mts. bei dem Dampfer „Galmstad“ einem unbekanntem Menschen 2 Damenfahrräder mit dem Auftrag, dieselben in der Hövelstraße abzuliefern. Die Räder sind jedoch bisher nicht abgeliefert. Das eine Fahrrad (Marke „Wandere“) ist kettenlos und trägt die Fabriknummer 112579. Das zweite Fahrrad (Marke „Columbia“) mit Steile trägt die Polzeimnummer 5829.

pl. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Niga, der wegen Verletzung der Wehrpflicht eine 10tägige Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte und dierhalb von der Staatsanwaltschaft Weimel gesucht wurde.

Niendorf a. D. Mälung. haugewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft von Hardt ist die Speere verhängt.

Hamburg. Der Bierkrieg beendet Eine öffentliche Wirtverammlung, in der etwa 800 Mitglieder aller Birte Vereine Hamburgs und Umgegend anwesend waren, beschloß, dem Antrage des Altkonstitutes entsprechend, den Bierkrieg als beendet zu erklären, da bei der vorhandenen Uneinigkeit der Birte der Kampf völlig aussichtslos sei. Die Birte sind also unterlegen. — Von einem umfallenden Wagen totgeschlagen. Der Arbeiter Hoppe aus Schiffel fuhr gestern Abend von seiner Arbeitsstelle in Woberg auf einem Viehwagen mit nach Schiffel. Unterwegs in Steinbeck geriet der Wagen an einer Wegebiegung mit der einen Seite auf den Kantstein und kippte um. Die Pferde fielen zu Boden und die beiden Männer wurden vom Hoch geschleudert. Hoppe stürzte so unglücklich, daß der schwere Wagen auf ihn fiel; der Mann erlitt eine schwere Schädelverletzung und wurde nach dem Marienkrankenhaus gebracht. Dort ist er bald nach seiner Entlieferung verstorben. Auch der Kutscher des Wagens wurde erheblich verletzt. — Die Getreideaffordarbeiter in Hamburg be-

schlossen in einer Versammlung am Sonntag, die Benutzung des Arbeitsnachweises der Hamburger Kieder zu verweigern. Infolgedessen ruhte Montag auf zahlreichen Getreideschiffen die Arbeit.

Rei. Zwei Urteile. Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung meldet: Ein bisher völlig unbescholtener 68jähriger Schneider aus Lägerdorf hatte mit Nachbarshindern, jedenfalls weil er selbst sehr kindisch war, allerlei Unflun getrieben. Er sagte sie an den Weinen und soll sie unflüchtig berührt haben. Die Strafkammer verurteilte ihn zu 7 Monaten Gefängnis. — In einer Restauration im gleichen Ort hatten verheiratete Bürger das Dienstmädchen sinnlos betrunken gemacht, es dann nachden auf einen Tisch gelegt und allerlei obfure Sachen mit ihr betrieben. Der Wirt erhielt wegen Stupperei 3 Tage Gefängnis. — Die Urteile sprechen für sich selbst.

Werte Nachrichten.

Hannover. Der Bierkrieg ist siegreich beendet. In einer gestern nachmittag bezüglich des Bierkrieges abgehaltenen Versammlung der hiesigen Birtevereine, der auch Vertreter des Gewerkschaftsartikels beizwohnten, wurde einstimmig die Aufhebung des Boykotts gegen den Brauereiverband beschloffen, nachdem die hiesigen Brauereien mitgeteilt hatten, daß sie vom 1. Oktober ab den Hektoliter Bier wieder zu 18 Mark liefern.

Thorn. Eine russische Grenzstadt in Flammen. Eine furchtbare Feuersbrunst hat das der Ostschiff Botzanowik im Kreise Rosenbergs gegenüberliegende russische Städtchen Krasnoje vernichtet. 144 Wohnhäuser und 158 Wirtschaftsg Gebäude mit Mobiliar, Wirtschaftsggeräten und Futtermitteln sind niedergebrannt. Zur Unterbrechung der großen Not hat sich in Botzanowik ein Hilfskomitee gebildet, das die jenfeitigen Grenzberwohner mit dem Notdürftigsten versehen will.

London. Eine Dampferkatastrophe auf dem Indus. Aus der indischen Provinz Lucknow traf die Nachricht ein, daß sich auf dem Indus eine Dampferkatastrophe ereignete, bei der über 150 Menschen ertranken. Circa 300 reisende Kaufleute mieteten einen Dampfer, um den Fluß hinabzufahren und am anderen Ufer zu landen. Der Dampfer geriet mitten im Strom in einen Strudel und schlug um. Nur ungefähr 150 Personen wurden gerettet. Die Dorfbewohner leiteten den Ertrinkenden keinerlei Hilfe und der Khan des nahgelegenen Zlatens soll deshalb unter Strafe gestellt werden. — Nach einer Meldung aus Lahore handelt es sich um ein mit 200 Eingeborenen, meist Frauen und Kindern, besetztes Schiff, das mit allen an Bord befindlichen Personen sank.

Blut und Eisen. Der heutigen Auflage unseres Blattes liegt ein Prospekt der Buchhandlung „Vorwärts“ betr. den dritten Band der Kulturbilder bei, der sich „Blut und Eisen“ betitelt. Wir empfehlen unsern Lesern denselben zum eingehenden Studium.

Ein freundl. Zimmer nach vorne an einen oder zwei Herren und ein leeres heizbares Zimmer, auch als Werkstatt geeignet, zu vermieten. Brüderstraße 4a

Arbeitsbursche sucht T. Buhrmann, Holstenstraße 23.

Gesucht Arbeiterinnen. August Schumacher Grueslineustraße 3.

Gesucht noch einige Mädchen u. Frauen zur gründlichen Erlernung der Damenschneiderei sowie Musterzeichnen und Zuschneiden. Pettenstraße 51, II, vor dem Hirtentor.

Ein fast neuer Kinderwagen mit Gummireifen und vernickeltem Gestell zu verkaufen. Stitenstraße 11.

Ein großer Fleischkübel und ein großes Hechbauer billig zu verkaufen. Schöntampstraße 75, pt

Zu verkaufen das Grundstück Schwartauer Allee 223 a, 4 Dreiflüßchen-Wohnungen. Näheres III. Etage.

Ein heller Kinderwagen mit Gummireifen nebst Decke billig zu verkaufen. Eadowstraße 21, I.

Gute verkellb. Waichböcke a Mk. 1,50 und ein alter Kinderwagen, pass. z. Handel, Mk. 3,00. Ludwigstraße 37 a

Wer borgt einem in Not geratenen Genossen 50 Mk. gegen gute Zinsen und monatliche Abzahlung? Dfj. erbürte u. L M an die Exped d Bl.

Abhanden gekommen ein kleiner schwarzer Kater. Gegen Belohnung abzugeben. Friedenstraße 84, I.

Mein Lokal ist am Donnerstag den 27. Sept. wegen Familienfeier von nachmittags 1 Uhr ab geschlossen.

Hafen-Restaurant. H. Lübke.

Grüne Marken gebe nach wie vor auf sämtliche Kolonialwaren zu billigsten Tagespreisen, sowie auf Brot der Lübecker Gen.-Bäckeri. **Emil Timmann** Lager Lohberg 20.

F L O R A Konzerthaus.
Benefiz-Ball für die Bedienung am Mittwoch den 26. September.
Anfang 8 Uhr. Ende morgens. Hierzu ladet freundlich ein Die Bedienung.

Pfand-Auktion am 15. und 16. Oktober bei Herrn Ahrens, Marlesgrube. Prolongation wird nur bis 9 Uhr angenommen. L. S. Baruch, Pfandleiher

Alle Genossen, welche noch im Besitze von Karten zur Vassallefeier sind, werden dringend ersucht, dieselben am Montag den 1. Oktober, abends von 7 1/2 bis 9 Uhr, bei dem Kassierer G. Meyer, im Vereinshaus, abzuliefern. Das Komitee.

Empfehlungs-Karten Die Buchdruckerei des Lübecker Volksb. Krummesser und Buntekuh-Doppel-Kümmel, Flasche 60 Pfg. Auf jede Flasche 2 Rote Lubeca-Marken. Johs. Breede, Danforthstraße 37.

Bilder aus Lübecks Vergangenheit Von Theodor Schwarz. Preis: Broschiert Mk. 4.—, in Leinwand gebd. Mk. 5.—, oder in 20 Lieferungen à 20 Pfg. **Friedr. Meyer & Co.** Buchhandlung und Buchdruckerei. Johannisstraße 50.

Kakao garantiert rein per Pfund 100, 120, 160 Pf. **H. Bülck** Fernspr. 149, Breitestr. 54.

Billige **Tapeten-Reste** Georg Bornhöft Daser-Dragerie Untertrave 44/45, b. d. Drehbrücke.

Koksbricks von Ia. westfälisch. Hartkoks, bestes und billigstes Feuerungsmaterial für kleine Heizungen. Zentner frei Haus Mk. 1.— ab Lager Drehbrücke 90 Pfg. Fernruf 242. **Christian Gäde** Kontor Fischergrube 4 und Lager bei der Drehbrücke.

Nur beste nordische **Kronsbeeren** täglich frisch, versendet per Post und Bahn zum stets billigsten Tagespreise **Ludwig Hartwig,** Obertrave 8.

Carl Folkers Möbel-Magazin 25 Marlesgrube 25. Vollständige Wohnungseinrichtungen. Selbstgefertigte Arbeiten. Größte Auswahl. Billigste Preise. Weitgehendste Garantie. Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig. Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen. Bei Barzahlung Rabatt. Teilzahlung gestattet. Gebe rote Lubeca-Marken.

Wiegel's Konservierungs-Honig-Essig beliebtester Einmach-Essig.

Frische russische **Kronsbeeren** prima Ware, jetzt nur 20 Pf. p. Pfd. **Spethmann & Fischer** Telephon 102 Beckergrube 59.

Hansa-Theater Letzte Woche des allbeliebten I. Spielplans. **Goldene Laube** größte elektrische Ausstattungsfeier der Gegenwart und das phänomenale **Künstlerpersonal** Vorverkauf in Sager's Zigarren-Gesch.

Vierte Konferenz der Sozialistischen Frauen Deutschlands.

(Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.)

(Schluß.)

12. September.

Genossin **Ullrich** über den nächsten Gegenstand der Tagesordnung: Die Dienstbotenbewegung und führte aus: Die Dienstbotenbewegung in Nürnberg hat wieder die Frage der Befreiung der mittelalterlichen Befindensbedingungen kräftig ins Rollen gebracht. Kurz vor Weihnachten erschienen bei mir auf dem Arbeitersekretariat zahlreiche Dienstboten, die klagen, daß die „gnädige Frau“ sich gerade jetzt besonders viele Unverschämlichkeiten herausnehme, um dann mit Hilfe irgend eines Strohhalbes das läbliche Weihnachtsgeschenk zu sparen. Es möchte doch in der Stellung auch darüber einmal ein Artikel erscheinen. Das geschah denn auch in der „Freiwilligen Tagespost“, und zugleich bereiteten wir eine Versammlung auf einen Sonntag nachmittag ab. Wir hatten einen Saal für 100 Personen genommen, aber es kamen mehr denn 1000. Schon in der zweiten Versammlung am 18. Februar wurde ein Verein gegründet, zu dem auch die Waiskinder, Bittgebetenen und Pöhlrauer Zutritt haben. Von 200 Mitgliedern, die er ursprünglich hatte, hat er sich jetzt auf 400 gehoben. Fünf Versammlungen sind abgehalten worden und es war nicht eine, in der nicht schwere Mißstände zur Sprache kamen. In den Tezabenden der Gnädigen wurde wiederum über nichts anderes gesprochen als über die „Revolution in der Küche“. Die Dienstboten sind bis heutigen Tages Sklaven geblieben, denen man das Recht vorzuenthalten hat, ihre Lage durch Arbeitsverstellung zu verbessern. Dabei hat die wirtschaftliche Revolution auch den Hausstand revolutioniert. Das Dienstmädchen könnte heute ohne jeden Schaden für den Haushalt dem gewerblichen Arbeiter gleichgestellt werden. Aber die Befreiung mit ihren unwürdigen Ungleichheiten ist erst 1900 neu sanktioniert worden. Die Befreiungsordnungen enthalten vor allem die Verpflichtung, alle Befehle der Herrschaft mit Achtung und Ehrerbietung entgegenzunehmen. Alle — auch die, die die ausgebeulteste Arbeitszeit fordern. So arbeiten denn noch Dr. Stills trefflichen Buche über die Berliner Dienstboten diese dort durchschnittlich 18-20, nach unserer jüngsten Nürnberger Statistik 17-19 Stunden täglich. Eine so anständige Arbeitszeit muß abgeschafft werden, im Interesse der gesamten Menschheit. (Beifall.) Kranke, auch ausstehende kranke Familienmitglieder muß der Diensthote bei der Strafe der Befreiungsordnung pflegen. Aber einen Vorteil hat die Befreiungsordnung doch: Sie setzen die Kündigungssfrist nicht fest; schon sind die früheren einjährigen Kontrakte auf monatliche reduziert worden; die eintägige Kündigungssfrist wird die Dienstboten vielfach unabhängiger machen. Rednerin führt hierauf einige Fälle von mangelhafter Ernährung von Dienstboten an. Ein Schuldiener z. B. früherer Schuhmacher und Sozialistenschreiber gab seinem Dienstmädchen die Breden, welche die Schalltücher liegen liegen. Dabei sind die Löhne miserabel. Der Durchschnittslohn beträgt in Berlin 200 Mk., kost pro Tag 1 Mk. gleich 365 Mk., Logis gleich Schlafstelle à 6 Mk. macht 72 Mk., nehmen wir noch ein Weihnachtsgeschenk von 30 Mk., so macht das im ganzen 667 Mk. Das ist noch sehr gut gerechnet, denn manche Herrschaften geben, wenn sie verreisen, ihrem Mädchen nur ein Kostgeld von 65 Bfg. Besser als die Fabrikarbeiterinnen, wie die Herrschaften immer behaupten, stehen die Dienstmädchen also sehr schlecht da, vor allem auch nicht in finanzieller Hinsicht. Der erste Schritt kommt immer von den Befreiungen im eigenen Hause. Von den Mädchen wird immer wieder darauf hingewiesen, der Sohn hat mir keine Ruhe gelassen, solange habe ich ihn abgewiesen; dann ist er nachts zu mir gekommen. Da ich kein verschleißbares Zimmer hatte, konnte

ich mich nicht dagegen wehren. Und wenn es nicht der Sohn ist, ist es der Vater. Ja den von Dr. Stills eingeforderten Fragebogen wird das alles bekräftigt. Das Dienstmädchen hat immer weniger gewonnen. Die Dienstbotenkolonnen. Es bekommt keinen anderen Dienst und nicht verdient ihre Arbeit, als tatsächlich auf die Straße zu gehen. Aber wenn wir fordern wollten, daß Dienstmädchen sollte nicht mehr im Hause wohnen, damit es nicht schau'et die Schwelgerei preisgeben sei — man würde uns auslachen. Wie groß ist für das schwangere Dienstmädchen die Versuchung, das Kind im Mutterleibe zu töten. In Frankfurt a. M. hatte man ein Dienstmädchen im — gerechtfertigten — Verdacht des Kindesmordes. Man suchte im Rhein nach der Mörderin und fand — deren 38. (Hohe Bewegung.)

Die Konferenz schlägt die folgende Resolution vor:

Das angeblich „patriarchalische“ Verhältnis zwischen den Dienstboten und den Dienstherrschäften ist heutzutage zu einem Deckmantel und einer Quelle schamloser Mißstände geworden, unter denen die Dienenden weit über das Maß der gewerblichen Arbeiter hinaus leiden. Das traurige Los derselben erhält nicht bloß aus den zahllosen Klagen und Beschwerden, welche in die Öffentlichkeit dringen, sondern es ist auch durch Gerichtsverhandlungen einwandfrei festgestellt worden, daß im allgemeinen den Dienstboten weder die kulturgemäße Lebenshaltung noch die gerechte soziale Würdigung zuteil wird, auf die sie kraft ihrer Arbeitsleistungen einen Anspruch haben.

Als schmerzhafteste Mißstände ihrer Lage treten in Erscheinung: fast völlige persönliche Abhängigkeit von der Dienstherrschaft; krankhafte Ausnutzung ihrer Kraft und Zeit, oft ungenügende Ernährung; eine allen Anforderungen der Hygiene und nicht selten auch der Sitlichkeit widersprechende Bekleidung; Beschädigungen; schwere stützliche Gefahren usw.

Das materielle und moralische Elend der Dienenden wird wesentlich dadurch verschärft, daß sie nicht unter dem gleichen Recht wie die gewerblichen Arbeiter stehen, nicht Anspruch auf die sozialen Institutionen haben, die deren Schutz dienen, sondern einem mittelalterlichen Ausnahmestand unterworfen sind. Die 1339316 Dienstboten, welche die Berufszählung von 1895 im deutschen Reich ermittelt hat, sind durch die Befreiungsordnungen getrennt und ermangeln der Koalitionsfreiheit, mittels deren die gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen für eine Verbesserung ihrer Lage kämpfen.

Die 4. Konferenz der Sozialistischen Frauen Deutschlands ist der Auffassung, daß die dringend nötig gründliche Reform der Dienstbotenverhältnisse nur das Werk der organisierten und kämpfenden Arbeiterklasse sein wird. In deren Reihen die Dienstboten selbst mit für die Verbesserung ihres Loses kämpfen müssen.

Als wichtigste Grundlage dieser Reform und als unerlässliche Voraussetzung dafür, daß die Dienstboten selbst an der Hebung ihrer Lage mitwirken, erachtet die Konferenz die Aufhebung aller gesetzlichen Ausnahmestimmungen für das Elend und ihre volle rechtliche Gleichstellung mit den gewerblichen Arbeitern. Sie fordert daher:

1. Abschaffung der Befreiungsordnungen und Befreiungsdiensthüter.
2. Unterstellung der Dienenden unter die Gewerbeordnung, Aushebung aller Versicherungsbeschränkungen auf sie, Gewährung eines gesetzlichen vollen Koalitionsrechts und Aufhebung der Verpflichtung, Hausangehörige mit anstehender Krankheit befristet zu pflegen.
3. Stimmengemäße Anwendung der Bestimmungen über Arbeitszeit und Arbeitsdauer, Sonntags und Nachtarbeit usw. auf die Dienenden; im besonderen und zunächst als Mindestmaß an gesetzlichem Schutz, Einführung eines gesetzlichen geregelten Arbeitstages, eines vollen freien Sonntagvormittags aller acht Tage, und alle vierzehn Tage einen vollen freien

Tag. Für außergewöhnliche Arbeiten sind Hilfskräfte anzustellen.

4. Die Arbeitsbedingungen, gesunde, den hygienischen Gesichtspunkten entsprechende Schlafräume, welche von ihnen bezugsfähig sein müssen, und ständige Kontrolle derselben durch die Behörden.
5. Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts auch für die Dienenden bis zum 18. Lebensjahre.
6. Abschaffung der privaten Stellenvermittlungsbüroaus und Einführung von paritätischen Stellennachweisen.

Die Konferenz spricht des Weiteren ihre Ueberzeugung aus, daß die Interessen der Dienenden nicht in dem nötigen Umfang und nicht mit der erforderlichen Energie von Organisationen vertreten werden können, welche Dienstboten und Dienstherrschäften als Mitglieder in der Annahme umschließen, daß eine Harmonie der Interessen zwischen beiden besteht. Auch die Arbeits- und Existenzverhältnisse der Dienenden werden wie die aller Lohnarbeiter von dem Klassen Gegensatz zwischen Kapitalisten und Ausgebeuteten beherrscht. Daraus ergibt sich, daß sich die Dienstboten in Organisationen zusammenschließen müssen, welche den freien Gewerkschaften gleich ebenfalls auf dem Boden des Klassen Gegensatzes und Klassenkampfes stehen und nur die Interessen der Dienenden vertreten.

Die Konferenz erachtet es für die Pflicht der Genossinnen, die Dienstboten über ihre Lage aufzuklären, in Organisationen der letzteren Art zusammenzuschließen und für die oben bezeichneten Reformen mit allem Nachdruck einzutreten, damit die Hunderttausende dienender Töchter des werktätigen Volkes zu einer kulturwürdigen Lebenshaltung gelangen und zu tätigen Mitbewerbern werden.

Diese Forderungen sind sehr bescheiden, selbst kleinbürgerliche Dienstboten mit Gerechtigkeitsgefühl werden nicht dagegen einwenden können. Die Hauptsache ist nur, daß Dienstbotenorganisationen überall gegründet werden. Ich habe Bittulare für die Agitation unter den Dienstboten ausgearbeitet, die ich Ihnen gerne zur Verfügung stelle. Sorgen wir dafür, daß die Dienstboten zum mindesten mit den gewerblichen Arbeitern gleichgestellt werden, daß sie Last und Liebe zum Leben bekommen. Haben wir erst all das durchgeführt, was wir für die Dienstboten erstreben, dann sind wir auch mit unserer Gesamtbewegung ein gut Stück vorwärts gekommen. (Stürmischer Beifall.)

Die Sonntagssitzung wurde von Genossin **Bettin** mit der Mitteilung eröffnet, daß als Vertreterin der Schweizer Parteigenossinnen die Arbeitersekretärin in Bern, Genossin **Margarete Jacob Hardegger** eingetroffen ist.

Genossin **Jacob**: Ich überbringe Euch die Grüße der schweizerischen gewerkschaftlichen organisierten Arbeiter und besonders des schweizerischen Arbeiterinnenverbandes. Ich komme aus dem Lande der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, wo in den Straßen die Polizei die Leute schlägt und in den Gefängnissen geprügelt wird. Ich komme aus dem Lande der Pressefreiheit, aus dem man die Redakteure ausweist. Ich komme aus dem Lande, wo man bei aller Meinungsfreiheit die Genossen verhaftet, die wir als Referenten bestellen. So wie man die Genossin **Dallabonoff** verhaftet und ausgewiesen hat. Ich komme aus dem Lande, wo man die Genossinnen einpart, die Flugblätter verteilen, ich komme aus dem Lande, wo wir in dem vortrefflichen 9-jährigen Schulunterricht noch Ruhe und Nacht des Vaterlandes von Preußen haben können, weil wir noch große Missionen haben. Aber ich komme aus diesem Lande, Genossinnen, um Euch zu sagen, daß wir im Begriff sind, die Missionen zu verlieren. (Bravo!) Und gerade die Arbeiterinnenbewegung in der Schweiz blüht auf. Vor zwei Jahren haben wir unseren vor mehr denn zwei Jahrzehnten von der Genossin **Bettin** gegründeten Verband reorganisiert und die Organisation hat

Die Heiterethei.

Von Otto Ludwig.

(41. Fortsetzung.)

„Ja“, rief ihr der Väter nach und zerfloß in die Worte: „Wenn das Dörle bei mir bleibt, soll das Kind zu essen haben, was es mag, und das Dörle mit. Und meinetwegen kann's auch dableiben.“

Die Heiterethei wandte sich in der Tür. Das Kind kam ihr beschämt vor, wenn er es nur nannte.

„Das Kind ist mein, und Er soll's nicht auf die Zunge nehmen!“ sagte sie.

Der ganze Väter zerfloß in ein Lachen. „So seh ich nicht“, entgegnete er, „warum ich ihm zu essen geben soll, wenn's mich nichts angeht.“

Die Heiterethei stand einen Augenblick überrascht. Die Wahrheit der Aeußerung traf sie so hart, daß sie das Brot wieder auf den Tisch legen mußte. Aber mit einem Ausdruck, als wär es nicht darum, sagte sie: „Daß Er meint, es wär gestohlen? Von seinem Brot? Soll's gar nicht essen. Und es mag's nicht einmal!“

Der Väter lachte ihr nach, dann dehnt er sich vor behaglicher Gewißheit. „Elend macht ein schön Feuer unter die Leute. Wenn das Rühchen noch nicht gar ist, mir ist's gar nicht bang, daß sie's nicht noch wird.“

Die Heiterethei aber sang und scherzte mit dem Viehle den ganzen Weg zurück, bis sie allein mit dem Kinde in ihrem Kammerlein war.

Dann aber brach's wie ein Gewitterregen aus ihren Augen. Daß ein solcher ein braves Mädele nur in seinen Gedanken schlecht machen und beschmutzen konnte! Daß man's ihm nicht wehren konnte, von einer wie von der andern zu denken!

Aber draußen hat' es schon einige Mal gepöcht und

gelacht. Jetzt wurde das Pöchen und Lachen so laut, daß sie es durch den inneren Tumult hindurch hören mußte.

Mechanisch drückte die Heiterethei ein angehauchtes Tuch gegen die Augen, als die Kommodür hinter ihr aufstieg. Born, daß es jemand wagen konnte, in ihr inneres Heiligtum einzudringen, verwischte schnell jede Spur des Zornes.

Hatte die Verleumdung ihres Rufes schon einem Wüßling Mut gemacht?

Alle Muskeln der großen, schlanken Gestalt schwellen an, wie sie's herausriß nach der Tür. Weiß wie ein Marmorbild am ganzen Leibe vor Spannung der Haut stand sie da.

„Guten Tag herein“, sagte eine leichtfertige Stimme.

In der Tür erschien eine weibliche Gestalt, kleiner, als die Heiterethei und ihr zugleich so ähnlich und so unähnlich, als ein Mädchen dem anderen sein kann. Es waren zwei ganz verschiedene Worte, aber mit denselben Schriftzügen geschrieben. Eben das, worin ihre Ähnlichkeit lag, machte sie sich unähnlich. Wie anderer Natur war das Kinderartige, Trägliche, Rutwillige an der Heiterethei, wie anderer an ihrer Schwester! Wie spröde, geschlossen und abweisend in den Bügen und Bewegungen der Heiterethei, wie sorglos hingegen und doch absichtlich lodend im Ansehen und Wesen der Schwester; die Heiterethei immerwährende Spannung, steter Nachlaß die Schwester. Dasselbe Auge ließ dort kaum den Augapfel völlig sehen und zeigte hier sein ganzes Weiß; von jenem Mund entblühte das Lachen kaum die weißen Zähne, hier machte es das ganze rosige Zahnfleisch zugleich sichtbar. Und ähnlich verhielt es sich mit Denkart, Stimme, mit dem ganzen Wesen.

Die Heiterethei erkannte die Schwester und trat ihr erst abweisend entgegen. „Du hast vor fünf Jahren nicht wieder ins Häusle sollen kommen“, sagte sie; „was willst du schon, wo das zweit erst angefangen hat? Und weißt,

daß ich auch das leichtfertige Dörchen nicht leiden kann. Schid dich deine Herrschaft zu mir und was willst du?“

„Als wenn man immer geschid müßt sein“, entgegnete die Schwester, indem sie sich geschmeichelt hereinbeugte aus der Tür in die Kammer. „Und eine Herrschaft hab ich eben nicht.“

„Sie hat dich fortgeschid?“ fragte ernst die Heiterethei.

Die Schwester tritt erst unwillkürlich vor dem Blicke der Heiterethei einen Schritt zurück, dann sagt sie trotzig, aber sie weiß, daß der Trop sie hübscher macht: „Ich bin selber gangen. Die Deut' meinen, Langer ist Sünd', und ich will meine jungen Jahr' genießen. Andre machen's auch, so heilig sie sich stellen.“ — Das ganze Zahnfleisch wurde sichtbar, als sie lachend an der Heiterethei sich vorbeischnelzen wollte. „Und nun sei nicht mehr dumm. Was machst's? Ist's gesund?“

Die Heiterethei vertrat der Schwester den Weg zu dem Kinde. Es sah aus, als wenn ein üppiges Schlagtraut sich um eine hindernde Marmorsäule herum vorbeiwenden wollte.

„Wärst du ordentlich worden“, sagte die Heiterethei; „aber so, ich sag dir, du rühst's nicht an.“

„Im, weil du so ordentlich bist?“ lachte die Schwester, und nie sah sie der Heiterethei unähnlicher. „Ich war einmal so dumm, daß ich anders hab werden wollen, weil ich gedacht hab, du wärst so; wäl ich nicht gewußt hab, daß du dich nur so stellst. Du brauchst mich nicht so von oben anzusehn. Wenn's was Schlimm's ist, so ist die, die vor den Leuten nicht besser will sein, als sie ist, immerfort noch nicht die AllerSchlimmst'. Und zumal, wenn's die Deut' doch wissen.“

„Was wissen die Deut'?“ fragte die Heiterethei, indem sie einen Schritt nach der Schwester zu tat.

Die Wirtin zurück und sagte nicht so mutig, als vorher: „Frag sie selbst, aber ich denk, du wirst's immer noch besser wissen, als die Deut'.“

seitdem ständig zugenommen. Wir haben mit den Sprachschwierigkeiten zu kämpfen, die Ihr in diesem Maße nicht kennt, wir haben französische, italienische und deutsche Sektionen und wollen jetzt unsere junge Zeitung auch französisch herausgeben. So sind die Schweizer Arbeiterinnen im Begriff zu erkennen, in welcher großen Höhe man sie bisher verachtet hat. Kein Land in Europa hat mehr ein Recht auf die Illusion; am wenigsten aber hat irgendwo die Frau das Recht. Und darum wird wahrscheinlich die Frau auch am vaterlandstößigsten sein, wenn sie erst einmal zu erkennen angefangen hat. Deshalb bitte ich Euch, unseren Gruß entgegenzunehmen. Wir haben uns Euch zu Vorbildern genommen und sind hierher gekommen, um viel von Euch zu lernen, in den großen Fragen, die uns allen gemeinsam sind. Ich doch vor allem auch die Frage der Versicherungen der Arbeiterinnen für uns brennend. So will ich denn Eueren Verhandlungen zuhören und nachher meinen Schweizer Genossinnen alles sagen, was ich Gutes, Großes, Fröhliches und Arbeitstreibendes bei Euch gefunden habe. (Beifall)

Hierauf wird in die Diskussion über das Referat zur Dienstbotenbewegung eingetreten.

Es liegen folgende Anträge vor:

14. Die Konferenz macht es den Leiterinnen der Bildungsvereine zur Pflicht, mit Hilfe der örtlichen Partelle sich der Dienstbotenbewegung anzuschließen. Wo Bildungsvereine nicht bestehen, sind besondere Kommissionen zu wählen.

Genossinnen Kölns.
15. Unentgeltliche Stellennachweise für weibliche Personen einzuführen, deren Verwaltung in den Händen der Genossinnen liegt.

Genossinnen Bremen.
Genossin Hoffmann-Mannheim berichtet über die Dienstbotenbewegung in Bremen. Versuche sind schon früher gemacht, aber erst die Bewegung in Nürnberg hat neue Anregungen gegeben. Wir halten unentgeltliche Stellennachweise für ein gutes Agitationsmittel. Wir wollen jetzt in Bremen aufs neue den Versuch machen, die Dienstboten aufzuklären, damit sie sich aus ihrer verflachten Lage, die eine verflachte Gefinnung mit sich bringen muß, endlich herausringen. (Beifall)

Genossin Müller, Köln empfiehlt den Antrag Kölns. Gerade die Bildungsvereine sind als neutrale Organisationen am besten dazu geeignet, sich der Dienstbotenbewegung anzuschließen. (Beifall)

Genossin Hoffmann-Mannheim: Ueber Dienstbotenleiden kann gar nicht genug gesprochen werden. Wir treten für eine geregelte Arbeitszeit aller Branchen ein. Die Kost spottet in der Regel jeder Beschreibung. Sie ist in den seltensten Fällen reichlich oder anständig. Auch die Wohnverhältnisse und die Arbeitszeit sind ähnelnde. Die Organisation der Dienstboten ist daher wohl berechtigt. Genossin Grünberg hat das Stellenvermittlungsweesen sehr treffend gekennzeichnet. Nirgends ist es so groß, nirgends werden die Dienstboten so ausgebeutet, wie in Mannheim. Deshalb wollen wir in Mannheim und energisch mit der Dienstbotensfrage beschäftigen und es wird uns auch gelingen, diesen Mädchen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Wir haben hier mit einer neutralen Stellenvermittlung bei der Ortskrankenkasse Mannheim ausgezeichnete Erfahrungen gemacht. (Beifall)

Genossin Zieg: Ich möchte eine redaktionelle Aenderung in der Resolution beantragen, dahingehend, daß der Schlußsatz des Punktes 2 „Aufhebung der Verpflichtung, Hausangehörige, die mit ansteckender Krankheit befallen sind, zu pflegen“, dem Punkt 1 „Abkündigung der Gesindeordnungen und Gesindebüchlein“ anzufügen. Das ist notwendig, weil diese Verpflichtung nur besteht auf Grund der Gesindeordnung, und wenn diese aufgehoben wird, so ist eigentlich diese Verpflichtung auch aufgehoben. Der Zusatz wäre also überhaupt überflüssig, aber aus agitatorischen Gründen befürworte ich doch, ihn beizubehalten. Was die in Punkt 3 geforderte „Stingemäßige Anwendungen der Bestimmungen über Arbeitszeit und Arbeitsdauer“ anlangt, so möchte ich erklären, daß ich darunter verstehe, daß für die Dienstboten auch eine Mittagspause verlangt wird. (Sehr richtig!) Die Zeit der Mittagspause muß sich natürlich nach den Gepflogenheiten des betreffenden Haushaltes richten, jedenfalls muß sie aber im Anschluß an das Mittagbrot eintreten. In andern Ländern, wie Amerika und Australien, sind unsere Forderungen längst durchgeführt und allgemeine Praxis. (Beifall)

Genossin Bitt Braun-Berlin: In dem ausgezeichneten Referat der Genossin Grünberg hat es wahrscheinlich am besten gefallen, wie einheitlich in Nürnberg Partei und Gewerkschaften an die Organisation der Dienstboten heran-

gegangen sind. In Berlin fand, als vor einigen Jahren eine starke Dienstbotenorganisation im Entstehen war, diese selber bei der Partei nicht die nötige Unterstützung und geriet daher ganz in bürgerliche Hände und es entstand ein Verein, ein Verein der Dienstboten und Dienstherren. Erfolgreicherweise entwickelte sich die Wirtschaft in der Richtung der Umwandlung des Dienst in ein gewerbliches Arbeitsverhältnis. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, diese wirtschaftliche Bewegung, die vorhanden ist und die Auflösung des Einzelhaushalts zum Ziele hat, auf alle Weise, auch durch genossenschaftliche Bindungen, zu unterstützen. Die Dienstboten sollen sich als Arbeiterinnen fühlen und entwickeln, niemals als Dienende. Mit dem ganzen Prinzip der Dienstbarkeit müssen wir gründlich aufzuräumen. (Beif. Beifall)

Nachdem sich noch die Genossin Fahrenwald-Hamburg im Sinne der Referentin gesprochen, wurde die Diskussion geschlossen.

In einer sachlichen Mitteilung erklärt Genossin Wengels-Berlin, daß sich die Berliner Dienstbotenbewegung vor fünf Jahren in der Form entwickelt habe, daß die Herrschaften mit in den Verein eintraten. Von Anfang an war aber eine Genossin mit in den Vorstand delegiert. Zusammen waren wir damals der Überzeugung, daß wir von Parteiseiten nichts direkt für die Dienstbotenbewegung tun könnten. Inzwischen haben sich die Dinge aber so entwickelt, daß seit etwa einem Jahre der Verein der Hausangestellten ganz in unsere Hände gekommen ist. Die Dienstboten selber waren es, die verlangten, daß die Bewegung ganz und gar in unsere Hände übergehe. Die Herrschaften im Verein haben auch bereits die Forderung geäußert. Zwei bürgerliche Damen, die auch im Vorstand saßen, haben ihr Amt niedergelegt. Der Ausrückvertrug, der jüngst in der „Gleichheit“ veröffentlicht wurde, rührt vom Verein der Hausangestellten her; Genossin Stadthagen hat ihn dann durchgearbeitet. Frau Bitt Braun irrt sich also: der Berliner Dienstbotenverein ist nicht mehr in bürgerlichen Händen. (Beifall)

Genossin Bitt Braun fragt in einer persönlichen Bemerkung an, wie es mit unsern politischen und gewerkschaftlichen Auffassungen zu vereinbaren sei, daß eine Parteigenossin sich in einen Vorstand hineinbelegieren lasse, in dem bürgerliche Damen saßen. Es wäre nützlich zu wissen, ob überhaupt noch Herrschaften dem Berliner Verein der Hausangestellten angehörten. In einem nach gewerkschaftlichen Grundsätzen geleiteten Verein seien Herrschaften überhaupt nicht zu brauchen. (Beifall)

Genossin Zieg: Auf diesem Standpunkt stehen wir selbstverständlich alle. (Sehr richtig!) Seitdem die Leitung des Berliner Vereins in unsere Hände liegt, wird auf dieses Ziel hingearbeitet. Weil die Bewegung ursprünglich in bürgerlichen Händen lag, ist es nicht möglich, alles mit einem Schläge umzumodeln. Wir sind aber auf dem besten Wege und gewerkschaftliche Grundsätze werden in der Praxis und auch im Statut des Berliner Vereins ihren Ausdruck finden. (Beifall)

Genossin Grünberg hielt darauf das Schlüsselwort. Die beiden gestellten Anträge wurden zurückgezogen, die Resolution der Referentin einstimmig angenommen. Es folgte das Referat der Genossin Beilke über den nächsten Punkt der Tagesordnung:

Das Frauenstimmrecht.

Von der Referentin liegt hierzu die folgende Resolution vor:

Die Forderung des Frauenwahlrechts ist das Ergebnis der durch die kapitalistische Produktionsweise gezeitigten wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen, insbesondere aber der Revolutionierung der Arbeit, der Stellung und des Bewußtseins der Frau. Sie ist ihrem Wesen nach eine Konsequenz des bürgerlich-demokratischen Prinzips, welches die Befreiung aller sozialen Unterdrückten heißt, die nicht auf dem Besitz beruhen, und auf dem Gebiete des privaten wie des öffentlichen Lebens die volle juristische Gleichberechtigung aller Großjährigen als Recht der Persönlichkeit proklamieren. Das Frauenwahlrecht ist daher von Anfang an von einzelnen Denkern in Verbindung mit allen Kämpfen gefordert worden, in denen die Bourgeoisie für die Demokratisierung politischer Rechte eingetreten ist, als für eine Voraussetzung ihrer politischen Emanzipation und Herrschaft als Klasse. Die treibende und tragende Kraft als Massenforderung hat es jedoch erst durch die steigende Erwerbstätigkeit des weiblichen Geschlechts erhalten, vor allem aber durch die Einbeziehung der Proletarierinnen in die moderne Industrie. Das Frauenwahlrecht ist das Vorrecht der wirtschaftlichen Emanzipation der Frau vom Haushalt und ihrer ökonomischen Unabhängigkeit von der Familie auf Grund ihrer Berufstätigkeit.

Prinzipiell bedeutet das aktive und passive Wahlrecht für das weibliche Geschlecht in seiner Gesamtheit die soziale Mündigkeitserklärung; praktisch bedeutet es das Mittel, politische Macht zu erlangen, um die gesetzlichen und sozialen Schranken zu beseitigen, welche die Lebensentwicklung und Lebensbetätigung des Weibes hemmen. Aber die in der Frauenwelt ebenso wie in der Männerwelt wirksamen Klassen-gegenstände bedingen, daß der Wert und der Hauptwert des Wahlrechts für die Frauen der verschiedenen Klassen verschieden ist. Der Wert des Wahlrechts als soziales Kampfmittel steht in umgekehrtem Verhältnis zu der Größe des Besitzes und der durch ihn vertriehenen sozialen Macht. Sein Hauptwert ist je nach der Klassenlage die volle rechtliche Gleichstellung des Geschlechts oder aber die soziale Emanzipation des Proletariats durch die Eroberung der politischen Macht zum Zweck der Aufhebung der Klassenherrschaft und der Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft; die allein eine volle Emanzipation des Weibes verbürgt.

Den Klassengegensätzen innerhalb des weiblichen Geschlechts zufolge tritt die bürgerliche Frauenbewegung nicht einheitlich geschloffen und mit höchster Konzentration für das allgemeine Frauenwahlrecht ein. Die Proletarierinnen sind deshalb für die Eroberung ihres vollen Bürgerrechts auf ihre eigene Kraft angewiesen und auf die ihrer Klasse. Die politischen Bedürfnisse seines Emanzipationskampfes zusammen mit historischer Einsicht und Gerechtigkeitsgefühl erheben das Proletariat zum konsequentesten Vorkämpfer für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts. Die Sozialdemokratie, die politische Kampforganisation des Klassenbewußten Proletariats, tritt daher prinzipiell wie praktisch für das Frauenwahlrecht ein.

Die Frage des Frauenstimmrechts gewinnt mit der Verschärfung des Klassenkampfes erhöhte Bedeutung. Auf Seiten der herrschenden reaktionären Klassen wächst die Tendenz, durch die Einführung eines beschränkten Frauenwahlrechts die politische Macht des Besitzes zu stärken. Auf Seiten des Proletariats steigt die Notwendigkeit, die Köpfe zu revolutionären und seine erwachsenen Glieder ohne Unterschied des Geschlechts wohlgerüstet in die Kampffront zu stellen. Der Kampf für das allgemeine Frauenstimmrecht ist das zweckmäßigste Mittel die Situation im Interesse des proletarischen Befreiungskampfes zu nutzen.

Diesen Gesichtspunkten entsprechend erklärt die 4. Konferenz sozialistischer Frauen zu Mannheim:

Bei den Kämpfen, welche das Proletariat für die Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Staat und Gemeinde führt, muß das Frauenwahlrecht gefordert und in der Agitation grundsätzlich festgehalten und mit allem Nachdruck vertreten werden.

Die Konferenz erklärt es des weiteren als Pflicht der Genossinnen, sich mit aller Energie an den politischen Wahlrechtskämpfen zu beteiligen und ihnen die Massen der Proletarierinnen als Mitkämpferinnen zuzuführen, aber andererseits auch mit der männlichen Energie dafür zu wirken, daß in diesen Kämpfen die Forderung des Frauenwahlrechts allgemein mit dem gebührenden Nachdruck vertreten wird.

Genossin Beilke weist einleitend darauf hin, daß nicht prinzipielle Gründe für die Behandlung der Frage des Frauenstimmrechts maßgebend gewesen sind, denn prinzipiell ist man sich in der Partei völlig einig, sondern daß rein praktische Erwägungen dafür maßgebend gewesen sind. Die Frage des Frauenstimmrechts muß in den Kreis der allgemeinen praktischen Augenblicksarbeit der proletarischen Frauen einbezogen werden. Nach unserer Auffassung tritt die Forderung des Frauenstimmrechts in erster Linie als Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise auf. Während die bürgerliche Frauenbewegung das Frauenstimmrecht als ein Naturrecht vertritt, fordern wir es als soziales Recht, dessen Begründung in den sozialen wandelbaren Bedingungen beruht. Für die bürgerlichen Frauen sind in der Hauptsache ideologische Gründe maßgebend. Nicht in der Wohlhabenheit einer dünnen Schicht, sondern in der Armut, in der Not, in der Ausbeutung der großen Masse des weiblichen Geschlechts sehen wir den Grund für die Forderung des Frauenstimmrechts. (Beifall) Die Frau ist in das Her der Industriearbeiter eingetreten, sie muß das Recht der politischen Betätigung erhalten. Allerdings bestand das Frauenstimmrecht schon in gewissen Ländern, ehe es eine kapitalistische Produktionsweise gab, das hing mit der Stellung der Frau in der Familie und der Wirtschaftsgemeinschaft zusammen. Ueberall ist aber hier das Frauenwahlrecht ein Vorrecht des Besitzes. Wir verlangen ein Wahlrecht, das nicht von dem Besitz, sondern an die Person geknüpft ist. Das Recht der Frau als Persönlichkeit muß zur Geltung gebracht werden. Im Kampfe für die Erreichung des allgemeinen Frauenstimm-

„Du gehst hinaus“, sagte die Heiterethei geblendet. „In dem Häusle da waren immerfort brave Leute!“

Die Schwester fügte mit noch kleinmütigerem Troste hinzu: „Kann sein, einmal.“

„Einmal und immer noch, und darum sollst du hinaus.“ „Wen die Leute schlecht machen, der ist darum noch nicht schlecht.“

Die Schwester wollte in gleichem Tone antworten. Es verdroß sie, daß die Schlimmere noch den Sittensichter spielen wollte. Ueberdies war sie die Ältere und hatte darum mehr Recht, hier zu gebieten. Aber es kam doch nur wie verbissen heraus: „Aber wer's selbst tut, meinst du, und drum bist du's nicht.“

„Ich sag dir's noch einmal“, fuhr die Heiterethei fort; „die selbige Mutter hat sich selber noch nicht geschämt, wenn sie hat herunter gesehn. Und drum laß ich nur, was die Leute sagen.“

Die Schwester sammelte ihren ganzen Trost, um nach dem Kinde vorzubringen. Sie wollte es küssen. Es schrie und langte nach der Heiterethei, die es aufnahm und unwillkürlich mit der Hand abwischte, was die Schwester an ihm herabtrug.

„Ich sag“, drohte die Heiterethei, „und das Kind soll wieder brav werden, wie seine Großmutter war. Die Kinder haben einen Engel; der macht's, daß es nicht zu dir mag. Und nun gehst du und kommst nicht wieder, bis du brav worden bist, daß es zu dir mag und du darfst es angreifen. Weil ich's hab genommen, daß es soll brav werden, und plag mich seinethalben Tag und Nacht, sagst die Leute, es ist mein Kind. So sind die Leute, und du weißt, wenn es ist, und kannstst daran erkennen, wie die Leute sind. Red, wie du willst; du mußt mir's noch einmal danken. Du müßtest sagen: so ist sie nicht, wie sie die Leute machen, aber

dir wär's recht, wenn alle wären wie du, daß du nicht brauchst zu denken, du sollst auch besser werden. Und drum glaubst du's mit Gewalt, obwohl du weißt, es ist nicht wahr. Und — nun kennst mich zu gut, als daß du nicht auf der Stelle fortriffst. Kommt du brav wieder, soll ich deine Schwester sein und das dein Kind. Und so ist's, und nun ist's fertig!“

Die Schwester machte noch eine vergebliche Anstrengung, sich der Heiterethei gegenüber so stolz aufzurichten, als diese tat; dann brach sie zusammen vor der Kraft der Wahrheit. Sie hatte nicht den Mut, noch ein leichfertiges Wort zu sprechen; aber noch Trost genug, ihr Unrecht nicht eingestehen. Einen Augenblick stand sie noch unstillig, ohne das Ansehen der Heiterethei ertragen zu können. Sie warf noch einen Blick auf ihr Kind und ging weiter. War es die Erinnerung an die Zeit, wo sie besser war und glücklicher, die ihr der alte Holunder zurauschte, oder der Zustand des Häusleins, in dem sie Kind gewesen war: etwas traf dieses leichtsinnige Herz, stark genug, ihm eine Träne abzupressen. Sie rang noch einen Augenblick stillstehend mit ihrem Troste dann kam sie zurück und bot der Heiterethei die Hand. Die gab sie ihre nicht. Sie sagte: „Wenn du wieder brav bist, hernach komm!“

Die Schwester wollte lachen, aber es gelang ihr nicht. Eine kurze Weile, und sie war in den Weiden verschwunden.

So lange wartete die Heiterethei, dann schloß sie die Rammer für hinter sich und ließ ihren Gefühlen freien Lauf. Ihr Stolz brach zum erstenmal völlig zusammen im Geständnis: „Ein ledig Weib ist das elend'st Ding auf der Welt! Wie anders hat's da ein Mann! Nicht allein, daß sie recht tut, sie muß auch sorgen, daß ihr's recht angelegt wird. Ein ledig Weib ist wie ein Häuschen, dem alle Welt auf-

lauert, und wenn es niemand ein Weib zuläßt. Was hilft ihr all ihre Kraft? Gegen die Schläge der Verleumdung kann sie der stärkste Arm nicht schützen. Der schwächste Mann ist stark gegen sie. Nicht einmal ihr etwas übel zu nehmen, hält man der Mühe wert. Ein Mann kann aufstehen, auf den Tisch schlagen und zur Rechenschaft ziehen, wer ihn schlecht machen will. Und warum war er so tief zu verlegen, als ein Weib an seiner Ehre? so unüberwindlich? mit einem bloßen Blick, einem bloßen Gedanken?“

Und was nun beginnen! Um Arbeit betteln? Das kann sie nicht. Dieber sterben! Das Häuschen, ihr Leibes, fällt ein; sie kann's nicht stützen. Das Häuschen, darin sie als Kind gelacht und gewiegt und die Mutter sie lieb geübt. Hätte sie nur ein Herz, von dem sie wüßte, es trüg unausgesprochen an ihren Schmerzen mit! denn fragen könnte sie nicht! Die Mutter liegt draußen im Gottesacker; die Annemarie ist fortgezogen; ihre Schwester hat dem Häuschen Schande gemacht; mit dem Kinde hat sie täglich gesprochen, aber es hat ja doch noch kein Herz, das ihre Lage fassen kann. An den alten Holunder, der eben über ihr steht und rauscht, als wollte er sie an ihn erinnern, denkt sie nicht; und wenn sie an ihn dachte, er hat andere Leiden und Freuden, und sie muß ihm erst die Seele leihen; seine Seele ist ihr eigen Mitleid und ihre eigene Mitschende mit sich selbst. Und was soll aus dem Kinde werden? Wird sie's erhalten können und brav erziehen, wie ihre Mutter sie? Wenn sie stirbt, was soll aus ihm werden, wo niemand es lieb hat, und so arm, ohne Mutterpflege und Vater-schutz? „Am End' ist's besser für dich und das Kind, weg von der Welt, wo einen die Leute durchgänglich schlecht wollen haben!“

(Fortsetzung folgt.)

rechts ist aber nur die Sozialdemokratie unter allen politischen Parteien zuverlässig. Die bürgerliche Frauenbewegung ist in dieser Frage ganz unzuverlässig. Diese bürgerlichen Frauenrechtlerinnen vertreten ja in der Hauptsache die Interessen, wobei dann das allgemeine Wahlrecht zu kurz kommen muß. Als Grund gegen das allgemeine Frauenwahlrecht wird häufig angeführt, daß die noch unter dem Einfluß des Antikristentums und des Alexikalismus stehenden Frauen ihre Stimme im Sinne der Reaktion abgeben werden. Sicher wird das zunächst der Fall sein, gehören doch noch nicht alle Männer der arbeitenden Klassen zu uns, stimmen doch viele Arbeiter heute noch gegen ihre eigenen Klassengenossen. Aber das darf uns doch nicht abhalten, die prinzipielle Haltung aufzugeben, sonst müßten wir ja auch dafür eintreten, daß den rückständigen Männern das Wahlrecht entzogen wird. Von bürgerlicher Seite ist auch die Sozialdemokratie als nicht ganz taktisch in der Frage des Frauenwahlrechts bezeichnet worden. In Bezug auf die deutsche Partei ist eine solche Behauptung eine Verleumdung. Die deutsche Sozialdemokratie hat immer prinzipiell für das allgemeine Frauenwahlrecht gekämpft. Allerdings hat man die prinzipielle Forderung in anderen Ländern aus taktischen Erwägungen und Zwangsmäßigkeitsgründen wieder fallen lassen. So in Belgien und Schweden und jetzt auch in Österreich. In Österreich hat man sich damit entschuldigt, daß Anträge auf das Frauenwahlrecht nur zur Verschleppung der jetzigen Wahlrechtsreform führen wird. Ich kann solche Erwägungen verstehen aber nicht billigen. Unsere österreichischen Genossen hätten sich nicht abhalten lassen sollen, vorerst ihren prinzipiellen Standpunkt zu erklären, denn die prinzipielle Politik ist am letzten Ende noch immer auch die praktische Politik gewesen. Unsere Partei kann überhaupt nur prinzipielle, die Zwangsmäßigkeitspolitik treiben. Unsere Gegner werden unsere Forderungen nicht nach unserer Bescheidenheit, sondern nach dem Grade der Furcht vor unserer Macht behandeln. Ich sage zum Schluß: Wir führen den Kampf um das allgemeine Frauenwahlrecht nicht als Kampf der Geschlechter, sondern als Kampf gegen die Uebermacht der besterben Klassen. Das ist der Kampf für alle Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechts, ein Kampf, der in seinen letzten Zielen sich darin ausdrückt, daß die Massen bei einem gewissen Grade ihrer fortgeschrittenen Entwicklung zu der Erkenntnis gelangen, die in den Freilichtigen Versen zusammengefaßt ist: „Es liegt an mir, ein Rud von mir, ein Schlag von mir zu dieser Feist, Und sicher das Gebäude stürzt, von welchem du die Spitze bist.“ (Langanhaltender kürzlicher Beifall.)

In der Diskussion wendet sich Genossin Mensing-Holland gegen die holländische Parteivertretung, die sich nicht prinzipiell für das allgemeine Frauenwahlrecht erklärt habe.

Abg. Weber (mit kürzlichem Beifall begrüßt): Ich hätte eigentlich angenommen, daß nach dem Beifall, der dem Referat der Genossin Zetkin gefolgt war, eine Debatte nicht mehr stattfinden würde. Deshalb ist eigentlich das Wort nehmen soll, verstehe ich nicht recht. (Große Heiterkeit.) Ich folge auch nicht dem eigenen Teiler, sondern einem Druce des Bureaus, das meinte, daß ich noch sprechen müßte. Wie ich hier zum Sprechen genötigt bin, daraus können wir ersehen, was es oft bedeuten wird, wenn die Frauen mal auf allen Seiten ihren Einfluß ausüben werden. (Stürmischer Beifall.) Diese Frage können wir nur vom prinzipiellsten, radikalsten Standpunkt aus behandeln. Die Sozialdemokratie darf sich in ihren Forderungen nicht von irgend einer anderen Partei übertrumpfen lassen. Nur dadurch allein, daß wir prinzipiell an unserem Programmpunkt: Gleichheit und Freiheit für alle, was Menschenanständig trägt, können wir unseren Einfluß auf die Massen ausüben und unseren Forderungen den Nachdruck verleihen, der uns zum Siege führen wird. Im Parlament tritt an uns oft die Frage heran, ob wir an unserem prinzipiellen Standpunkt festhalten sollen, obwohl wir wissen, daß wir damit keine Aussicht auf Erfolg haben, oder ob wir nicht einer verlockenden Konzession uns zuwenden sollen. Aber auch für den politischen Kampf gilt, was im bürgerlichen Leben gilt: Bescheidenheit ist eine Tugend, doch weiter kommt man ohne ihr! (Heiterkeit.) Wir können noch so bescheidene Forderungen stellen, wenn nicht der Druck der Verhältnisse dahinter steht, werden wir nichts erreichen. Aber gerade der Druck unseres Prinzips zwingt unsere Gegner, uns bis zu einem gewissen Grade entgegen zu kommen. In der letzten Zeit war so viel die Rede von der Maschlosigkeit der Partei. Kein Wort ist falscher als das. (Lebh. Zustimmung.) Ich behaupte im Gegenteil: Keine Partei in Deutschland ist mächtiger als die Sozialdemokratie, sie beherrscht sowohl nach innen wie nach außen unser öffentliches Leben und ohne Sozialdemokratie würden wir in unserem öffentlichen Leben in vielem weit zurück sein. (Lebh. Beifall.) Einen Beweis für den Einfluß der Sozialdemokratie in den letzten 15 Jahren haben wir in der Stellungnahme der bürgerlichen Parteien zur Frauenfrage. Eine der Parteien, welche am energischsten gegen die Zulassung der Frauen zum Studium auftrat, war das Zentrum. Und da mußten wir erleben, daß vor zwei Jahren eines seiner konservativsten Mitglieder, Frhr. von Hertling, sich für das Frauenstudium aussprach. Also eine vollständige Ummwandlung, nur durch den Druck der Sozialdemokratie bewirkt! Ähnlich ist es mit der veränderten Haltung des Zentrums zum Vereins- und Koalitionsrecht der Frauen. Das zeigt uns, wie weiter gearbeitet werden muß, um zu einem gewissen Ziele zu kommen. Es gibt sehr einflussreiche Kreise in Deutschland, welche nur auf eine passende Gelegenheit warten, um eine Beschränkung des Reichstagswahlrechts herbeizuführen. Es liegt nahe, daß diese Kreise keine Neigung haben, das Wahlrecht zu erweitern. Und vielleicht, Parteigenossen, ich wage es auszusprechen, erleben wir es trotzdem, daß in Deutschland eher Aussicht ist, das allgemeine Wahlrecht auf die Frauen ausgedehnt zu erhalten, als daß wir eine Beschränkung des Männerwahlrechts erleben. Es wäre schauerlich, wenn ich mich darin täuschen sollte, daß die gesamte stimmberechtigte Männerwelt, welcher das Wahlrecht beschränkt werden sollte, wie ein Mann erheben und einen Kampf aufnehmen würde, wie wir ihn in Deutschland noch nicht erlebt haben. (Beifall.) Davon wird man sich aber hüten. Andererseits könnte man aber in den Frauen, welche hart unter konservativem und geistlichem Einfluß stehen, einen Hort der Aktion erblicken, man könnte sich sogar, daß mit einer Aus-

dehnung des Wahlrechts auf die Frauen die sozialdemokratischen Mehrheiten, wenigstens für eine gewisse Zeit, besetzt werden könnten. Trophäen wäre es ein großer Fehler, wenn wir uns aus diesen Erwägungen gegen das allgemeine Wahlrecht der Frauen erklären wollten. (Sehr richtig!) Alle Gewähr, welche man jetzt gegen das Frauenwahlrecht vorbringt, hat man vor 40 Jahren auch gegen das Männerwahlrecht vorgebracht. Ich selbst habe 1863 oder 1864 im Leipziger Bildungsbereich gegen das von Lassalle geforderte allgemeine Wahlrecht gesprochen, weil die Arbeiter noch nicht reif dafür seien. Das ist auch heute noch im gewissen Grade richtig. Denn wie viele Arbeiter stimmen heute noch gegen ihre Klassengenossen und Klasseninteressen. Aber wir werden nach und nach immer mehr Stimmen gewinnen, 4, 5, 6 Millionen. Genau so wird es mit den Frauen gehen. Wenn die bürgerliche Klasse ihre Zucht in der Frauenwelt suchen sollte, so werden wir genötigt sein, in ebenso intensiver Weise mit unserer Aufklärungsarbeit hier einzusetzen und dann ist für die herrschende Gesellschaft der letzte Rettungsanker gebrochen. (Beifall.) Aus diesen Beschränkungen heraus aber haben unsere Genossen in Belgien, Schweden, Österreich das Frauenwahlrecht ausgeführt. Weber erklärt weiter, daß er diesen Standpunkt nicht teile. Ich will aber gegen unsere ausländischen Genossen nicht hier polemisieren. Auf dem internationalen Sozialistenkongreß im nächsten Jahre, den wir hoffentlich in Stuttgart werden abhalten können, werden wir uns ja ausführlich darüber auseinandersetzen. Zweifellos müssen wir, wenn wir Erfolge erringen wollen — und wir müssen Erfolge erringen — voll und rein das Banner der Partei entfalten. Konzessionen lehnen wir, wenn sie auf dem Wege zu unserem Ziele liegen. Niemals ab, aber wir dürfen sie nicht selbst anbieten. Ich danke der Referentin, daß sie einen so prinzipiell klaren Standpunkt eingenommen hat und ich bitte Sie, die Resolution anzunehmen, dann wird auch für die Partei die Verpflichtung entstehen, auf diesem Wege vorzugehen und wir werden zu dem Ziele gelangen. (Stürm. Beifall.)

Frau Wengels, Berlin beantragt Schluß der Debatte.

Frau Uly Braun erhebt hiergegen Widerspruch. Sie wolle allerdings nicht selbst zur Diskussion das Wort, habe aber den Auftrag von den englischen Genossinnen, deren Standpunkt hier zu vertreten.

Der Schlußantrag findet Annahme. Genossin Uly Braun fragt, ob sie nun aber nicht sich des Auftrages der englischen Genossinnen wenigstens entledigen könne. Ebenso macht eine Delegierte aufmerksam, daß die österreichische Genossin Frau Popp sich gemeldet habe, ob diese denn nicht auch noch zum Worte kommen solle?

Vorsitzende Luise Zieg: Nicht das Bureau hat zu entscheiden, sondern wir handeln nach dem Willen und Beschluß der Versammlung.

Die Resolution Zetkin findet einstimmige Annahme.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittagsitzung steht zunächst Genossin Dunder-Dresden ihr Referat über den Schwangeren- und Wöchnerinnen-Schutz. Ihren Ausführungen liegt eine umfangreiche Resolution zu Grunde. Es heißt darin u. a.:

1. Die Frauenarbeit muß so gestaltet werden, daß sie die Frauen nicht daran hindert, gesunde Mütter gesunder Kinder zu werden.

2. Es müssen Einrichtungen geschaffen werden, die den Frauen die Last der Mutterchaft erleichtern.

Es wird deshalb gefordert:

Einführung des Achtstundentages, der durch stufenweise Herabsetzung der Erbeitszeit auf 10 oder 9 Stunden vorbereitet werden kann. Verbot der Beschäftigung in gesundheitsschädlichen Betrieben. Verbot solcher Arbeitsmethoden, die den weiblichen Organismus gefährden, vor allem Ersetzung der Maschinen mit Fußbetrieb durch solche mit mechanischer Kraft. Weiter wird Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung gefordert in der Richtung, daß Arbeiterinnen das Recht kündigungsfreier Einstellung der Arbeit 8 Wochen vor der Niederkunft erhalten. Weiter wird gefordert: Ausdehnung des Arbeitsverbots für Wöchnerinnen auf 8 Wochen, wenn das Kind lebt, auf 6 Wochen nach Fehl- und Totgeburten oder falls das Kind innerhalb dieser Frist stirbt. Von den Krankenkassen wird gefordert: Obligatorische Gewährung einer Schwangeren-Unterstützung im Fall der durch die Schwangerschaft verursachten Erwerbslosigkeit auf die Dauer von 8 Wochen. Freie Gewährung der Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden. Ausdehnung der Wöchnerinnen-Unterstützung von 6 auf 8 Wochen und auf 13 Wochen, wenn die Mutter ihr Kind selbst stillt. Erhöhung des Pflegegeldes an Schwangere, Wöchnerinnen und Stillende für die Dauer der Schwangerschaft auf die volle Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes. Schließlich Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die landwirtschaftlichen Arbeiterinnen, Heimarbeiterinnen und Dienstmädchen. Von den Gemeinden wird die Errichtung von Entbindungsanstalten, Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Säuglingsheimen gefordert. Vom Staat wird die Gewährung von Zuschüssen sowohl an die Krankenkassen als auch an die Gemeinden gefordert, damit diese den genannten Mutterschutzforderungen gerecht werden können. Aufklärung der Frauen über die richtige Erfüllung ihrer Mutterpflichten durch Aufnahme der Säuglingspflege in den Schulplan der Fortbildungsschulen für Mädchen. Reduzieren bezeichnete diese Forderungen nur als Mindestforderungen, das Ziel der proletarischen Frauen müsse die Herbeiführung einer Gesellschaftsordnung sein, in der die Menschheitsgüter über die materiellen Güter gestellt werden. (Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Nach längerer Diskussion wird ein von Uly Braun gestellter Antrag, ein Verbot der Frauenarbeit 8 Wochen vor der Niederkunft, auszusprechen, nicht bloß der Arbeiterin das Recht zu geben, die Arbeit einzustellen, gegen den sich die Referentin erklärt, abgelehnt.

Im übrigen ergibt die Diskussion fast völlige Uebereinstimmung mit den Ausführungen der Referentin und die Resolution wird mit großer Mehrheit angenommen.

Gegen 6 Uhr erreicht die Konferenz ihr Ende. Genossin Zetkin gibt einen kurzen Rückblick auf die erfolgreichen Beratungen und schließt die Konferenz mit einem begeisterten

aufgenommenen Hoch auf die sozialdemokratische Frauenbewegung.

Soziales und Partielles.

Ein Scharfmacherverband im Buchdruckgewerbe. Die „Post“ meldet: In einer am Sonnabend in Berlin aus verschiedenen Teilen des Reiches zahlreich besuchten Versammlung von Buchdruckerbesitzern wurde einstimmig die Gründung eines sofort in Tätigkeit tretenden Arbeitgeberverbandes für das Buchdruckergewerbe beschlossen. — In der letzten Zeit sind die Scharfmacher innerhalb und außerhalb des Buchdruckgewerbes krampfhaft bemüht die bestehende Tarifgemeinschaft, die in erster Linie dem gewerblichen Frieden dient, zu bekämpfen und zu verunglimpfen. Man will unter allen Umständen verhindern, daß die Arbeiter bei der Festsetzung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Wort mitsprechen, wie das bei der Tarifberatung im Buchdruckgewerbe der Fall ist. Der Anführer im Kampfe für die gewerbliche Anarchie ist Alexander Lilla in Saarbrücken, ein Mensch, der ebenso sehr an Großmannsicht leidet, wie er Kenntnis und verständnislos auf wirtschaftlichem Gebiete ist.

Die Wahrheit bohrt sich durch. Anlässlich der großen Formbewegung dieses Jahres wurden in Hannover, Braunschweig und Bielefeld circa 600 Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins mit ausgespart. Das kostete dem Gewerbeverein natürlich auch Geld. Als dann der Metallindustriellen-Verband die große Aussperrung ankündigte, von der nur die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes betroffen werden sollten, kommandierte der Generalrat des Gewerbevereins der deutschen Maschinen- und Metallarbeiter seine Mitglieder dazu, sich als Mitglieder des Gewerbevereins zu bezeichnen. Dadurch sollte es den Unternehmern erleichtert werden, die „Böde“ von den Scharfen zu sondern. Für jeden Kenner der Verhältnisse war es damals schon klar, was die Gewerbevereinsleitung hauptsächlich zu ihrer verräterischen Handlungsweise bestimmte. Es fehlte dem Gewerbeverein an den nötigen Mitteln, um eine größere Anzahl Aussperrter unterfließen zu können. Die Kritik ist aber trotzdem über den Gewerbeverein hergekommen, die Zeitung will deshalb durch eine dauernde Beitragserhöhung von 10 Pf. wöchentlich der zusammengeschmolzenen Masse aufhelfen. Das erregt nun bei den meisten Mitgliedern, denen man vorredete, daß der Gewerbeverein bei seinen „billigen“ Beiträgen sogar noch mehr leiste als der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit seinen „hohen“, großen Unwillen. Der Unwille ist um so größer, weil bei der letzten Beitragserhöhung im Jahre 1905 die Unterflückungen gekürzt wurden. Die Gewerbevereinsleiter arbeiten nun förmlich mit Hochdruck, um die widerstrebenden Elemente der Beitragserhöhung günstig zu stimmen. Das entschloffen ihnen die interessantesten Geschäftisse. So äußerte ein Bezirksleiter Ströhsfeld am 9. September auf einer Konferenz in Bielefeld, daß man 1905 mit der Beitragserhöhung von 5 Pf. auszukommen hoffte. „Wir konnten aber auch damals noch nicht wissen, daß die großen Metallarbeiter-Aussperrungen kommen würden, wir glaubten nicht, daß die Unternehmer diese Last einlagern würden... Hätten wir bei der Formbewegung noch die alten Unterflückungen gehabt wie früher, dann wären wir zu Grunde gegangen... Geschicht dies nicht (die Erhöhung des Beitrags), dann sind wir nicht mehr in der Lage, unseren katastrophischen Pflichten nachzukommen...“ Im Organ des Gewerbevereins wird den Mitgliedern angedroht: Wenn sie bei der Urabstimmung nicht für die Erhöhung der Beiträge stimmen, dann würden bis zum nächsten Verbandstage vom Gesamtgeneralrat Extrabeiträge dekretiert. Auch wird den Ortsvereinen empfohlen, Lokalbeiträge zu erheben. Dasselbe Blatt ruft auch die Mitglieder und die Ortsvereine, die sich gegen die Beitragserhöhung erklären, ordentlich herunter. — Wenn sich je einmal ein Organ der freien Gewerkschaften so etwas herausgenommen hätte, dann würden die Hirsch-Dunderschen Organe und Agitatoren ihrer „tiefsten Entrüstung“ über solchen „Terrorismus“, solchen „Zwang“ Ausdruck verleihen haben. Wenn die Hirsch-Dunderschen Führer bei ihrem Wüßreien auf Erhöhung der Beiträge Widerstand finden, so haben sie das nur ihrem bisherigen Verhalten zu verdanken.

Zur Massenfreibeit. Die „Frankfurter Volksstimme“ schreibt: Zur Wahlrechts- und Massenfreibeit erhalten wir heute im Laufe des Vormittags ganz unerwartet folgende Erklärung:

Die unterzeichneten Parteikörperchaften nehmen Veranlassung, als berufene Vertretungen der Parteigenossenschaft des Verbreitungsbezirks der „Frankfurter Volksstimme“ zu erklären, daß sie sich mit den in Nr. 194 der „Volksstimme“ veröffentlichten und in späteren Nummern des Blattes weiter entwickelten Vorschlägen zum Thema „Wahlrechtsbewegung und Massenfreibeit“ in keiner Weise identifizieren.

Frankfurt a. M., 22. Sept. 1906.

Die Preßkommission der „Frankfurter Volksstimme“

J. A.: M. Bernhard, Vors.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Frankfurt a. M.

J. A.: S. Hüttmann, Vors.

Das sozialdemokratische Agitationskomitee für den Bezirk Frankfurt a. M. und Landeskomitee für Hessen-Nassau.

J. A.: Wihg. Dittmann, Vors.

Die „Volksstimme“ setzt hinzu, daß diese Erklärung in einer Sitzung der Preßkommission beschlossen wurde, der zwei Mitglieder der politischen Redaktion nicht betwohnen konnten und die ihr drittes Mitglied vorher verlassen hatte. Die drei Körperchaften hätten nach einer Mitteilung an die Redaktion die Erklärung in letzter Stunde beschlossen, um noch vor dem Parteitag ihre Stellung zu präzisieren.

Generalversammlung des Vereins Arbeiterpresse. Im kleinen Saal der „Kaiserhütte“ traten Sonntag vormittag 10 Uhr die Mitglieder des Vereins „Arbeiterpresse“ zur Generalversammlung zusammen. Nachdem Redakteur Oskar Ged von der hiesigen „Volksstimme“ im Namen der Arrahheimer Mitglieder in einigen kurzen Worten die Versammlung begrüßt, gab Thiele-Halle den Geschäftsbericht. Der Stand der Presse ist ein guter, auch die Unterstützungsvereinigung verfügt zumweilen bereits über namhafte Kapitalien, die allerdings vom nächsten Jahre ab stärker in Anspruch genommen werden müssen, da von diesem Zeitpunkt ab die Kassenzeit für die Jada-

Über-Ausführung erfüllt ist. In der Diskussion über den Bericht des Vorstandes und des Ausschusses wurde es abgelehnt, die „Vorwärts“-Affäre auch nach der Richtung hin zu erörtern, ob die feinerzeit entlassenen Redakteure als Parteigenossen dem Parteistatut entsprechend vorgegangen seien. Die Debatte drehte sich dann zunächst um die Frage, auf welche Art und Weise die Wirksamkeit des Vereines zu heben sei. In Vorschlag wurde gebracht, der Generalversammlung in der Weise eine andere Zusammensetzung zu geben, daß Delegierte für dieselbe zu wählen seien, während ein anderer Vorschlag dahinging, auf den Generalversammlungen nur Anregungen und Wünsche zu geben, die dann im Vereinsorgan diskutiert und später zur Urabstimmung gestellt werden sollen. Die Vertretung auf der Generalversammlung soll durch die einzelnen Berufsgruppen innerhalb der Vereinsmitglieder entsprechend geregelt werden. Gewünscht wird auch eine bessere Ausgestaltung des Vereinsorgans, wofür die einzelnen Mitglieder mehr Beiträge liefern sollen als bisher. Im weiteren Verlauf der Debatte kamen die engeren Berufszweige der Parteiredakturen mehr zur Geltung; namentlich über den Wert und die zweckmäßige Verwendung von Parteikorrespondenzen, über die Notwendigkeit guter Sozialmitarbeiter und über all die Fragen, wodurch eine Rettung gehoben werden kann, wurde lebhaft debattiert. Schließlich werden der Antrag Schulz, Bremen, „für die zukünftigen Generalversammlungen mittels eines Berufsproporz Delegationen zu wählen“, und der Antrag Kollenbühr, die Generalversammlung zur Vorberatung und Vorbesprechung tagen, die wichtigeren Angelegenheiten aber durch Urabstimmung entscheiden zu lassen“, dem Vorstande überwiesen, während der Antrag Gumbach, Frankfurt, die Generalversammlung möge den Wunsch ausdrücken, daß die Prekominen und die Parteigenossen einer den finanziellen Möglichkeiten eines Geschäftes entsprechenden Heranziehung von tüchtigen Mitarbeitern keinen Widerstand entgegenstellen, vielmehr derartige Vorschläge der Redaktion möglichst fördern sollen, durch Beschluß angenommen wurde. In den Vorstand werden gewählt: Eisner, Spinski, Schmidt, Schulz, Thiele. Der Sitz des Ausschusses verbleibt in Hamburg. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung schloß hierauf Thiele die Versammlung.

Aus Haag und Bern.

Fort mit § 361 Ziffer 6 des Strafgesetzbuchs! Die Notwendigkeit der Vereinfachung der Sittenpolizei-Kontrolle und des § 361 Ziffer 6 Str. G. B., der bestimmt: „Mit Haft wird bestraft eine weibliche Person, welche wegen gewohnheitsmäßiger Unzucht einer polizeilichen Aufsicht unterstellt ist, wenn sie den in dieser Hinsicht zur Sicherung der Sittlichkeit, der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Ansehens erlassenen polizeilichen Vorschriften zuwiderhandelt, oder welche, ohne einer solchen Aufsicht unterstellt zu sein, gewerksmäßig Unzucht treibt“, zeigte eine Verhandlung, die dieser Tage vor der holländischen Strafkammer gegen die 23-jährige Schneiderin Alma Weise stattfand. Das junge Mädchen hatte sich mit einem Studenten eingelassen, von diesem zu Unzuchtszwecken Geld genommen und war dann durch Denunziation unter Sittenkontrolle gekommen. Als die unglückliche polizeilich gezwungen wurde ein öffentliches Haus auf dem „Schöman“ (so heißt die Straße, in der die Freudemanns wohnen) zu beziehen, wurde ihr das Zimmerleben zum Ziel und sie sah die besten Entschlüsse, sich aus dem Schlamme wieder herauszuarbeiten. Sie zog nach Wäschhof, einem Orte bei Halle, arbeitete dort zunächst auf einem Gute und nahm dann ihr früheres Schneiderinnenhandwerk wieder auf. Leider gelang es ihr aber nicht, von der Sittenkontrolle alle loszukommen, und die Polizei verlangte von ihr, daß sie sich bei jedem Gange nach oder durch Halle, um Einkäufe für die Schneidererei zu machen, bei der Sittenpolizei an- und abmelde. Dies war dem Mädchen, das sich wieder herausarbeiten wollte, besonders lästig. Auch gelegentlich erregte Einkäufe in einem Konfektionsgeschäft am 29. März in Halle, meldete das Mädchen auf der Sittenpolizei, daß es nachmittags 4 Uhr gekommen sei, und 5 Uhr nachmittags Halle verlassen, um auf dem Heimwege von ihrer Schwester Beten nach Wäschhof zu nehmen. Diesen Plan führte das Mädchen auch korrekt aus. Laut „Sitten-

Verordnung“ durfte sich das Mädchen nach 5 Uhr nachmittags in Halle nicht mehr auf offener Straße sehen lassen. Da es sich am 29. März auf dem Heimwege nach Wäschhof aber nicht nochmals polizeilich abgemeldet hatte, erhielt es ein Strafmandat und das Schöffengericht verhängte gegen die Bedauernden auf Antrag der gerichtlichen Entscheidung eine Woche Haft wegen Übertretung des § 361 Absatz 6 des Str. G. B. Nun kam das Tolle. Das Mädchen war inzwischen nach Berlin verzogen und hatte mit der Prostitution nicht mehr das geringste zu tun. Um den Berufsgerichtsin vor dem Landgericht wahrzunehmen, kam es einen Tag früher und meldete der Sittenpolizei, daß es beabsichtige, eine Nacht bei seiner Schwester zu bleiben. Die Polizei ordnete aber an, die Weise müsse unbedingt, da sie hoch immer noch unter Kontrolle stehe, in der Nacht vor dem Termin in einem öffentlichen Hause auf dem Schlamme logieren. Die Unglückliche wendete sich an einen Rechtsanwalt, der sich für sie tapfer ins Mittel legte und bei der Polizei durch Protest bewirkte, daß sie in einem anständigen Gasthause übernachten konnte. Der Anwalt, der das Mädchen auch vor der Strafkammer verteidigte, ging mit dem polizeilichen Sittenverordnungen (sogar ins Gericht und bestritt der Polizei das Recht, überhaupt ein solches Mädchen unter Kontrolle zu bringen. Wie konnte es aber die Polizei der Unglücklichen so schwer machen, sich aus dem Milieu wieder heraus zu arbeiten? Auch das Berufsgericht war mit dem „Holländischen Bekenntnis“ der Polizei nicht einverstanden; es gab deshalb das wertvolle Urteil des Schöffengerichts auf und sprach das Mädchen frei.

Julius Stockhausen, der berühmte Konzertsänger und Gesangslehrer, ist im 81. Lebensjahr in Frankfurt a. M. gestorben. Von Manuel Garcia in London ausgebildet, war Stockhausen in der Mitte des vorigen Jahrhunderts einer der ersten, die den Beruf eines Konzertsängers ausübten. In den Jahren 1874-78 war er Dirigent des Sternschen Gesangsvereins in Berlin; die folgenden beiden Jahre war er Lehrer am Frankfurter Hochschulen Konservatorium. Dann gründete er seine eigene vielbesuchte Schule in Frankfurt a. M.

Stadtesamtliche Nachrichten

vom 16. bis 22. September 1906.

Geburten.

- a) Knaben: Name und Beruf des Vaters
9. September: Arbeiter J. C. G. H. B. Wade, 9. Nieter F. J. W. Johannisson, 11. Schlosser J. G. C. Meier, Kaufmann A. Miklos, Zimmermann W. F. F. Mengel, 12. Kaufmann D. W. G. Over, Tischler G. C. J. Dettmann, Profurist Chr. W. G. Woblers, Hafnarbeiter D. G. Pasjurge, Geiger E. K. D. S. Leers, 13. Arbeiter J. F. M. Richter, Klempner G. Ph. Buche, Arbeiter A. C. Wötker, 14. Metzger W. J. G. K. Fretow, Arbeiter G. J. F. Petersen (Schönböden), 15. Eisenbahnbeamter J. H. Niemeyer, Gasfitter U. G. J. Haad, 16. Arbeiter J. C. Böhm, Stellmacher J. Konopka, Arbeiter J. G. J. Müll, 17. Arbeiter Johann Blottke, 18. Arbeiter J. F. F. Fied, 19. Arbeiter G. J. G. Scharenberg, Tischler J. G. Trampenan, 20. Kaufmann K. G. Ed. Klüßmann, 21. Stellschmied J. J. G. Beuner.
- b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters
11. September: Kaufmann D. G. J. Ahrendt, Tischler F. F. L. Hoppe, Arbeiter K. J. Domian, 12. Kirchenvogt C. G. Philipp, Bäcker W. F. M. L. Wölfer, 13. Bahnmeister A. F. G. M. Martens, Kapellmeister G. K. B. Lilina, Schmied G. Chr. C. C. Stier, Zimmermann C. L. G. Ellerbrock, 14. Zollsekretär B. B. A. Redmann, Maurer W. C. F. Baars, 15. Schiffskapitän G. J. G. Lehmitz (Lauenburg a. d. Elbe), Former A. G. B. Habne, Musiker B. H. Ad. Nicol, Lopezier G. E. Wilh. Land (Stempelndorf), 16. Schuhmacher L. G. K. Bentsch, 17. Schlosser G. W. A. Vorbeer, Koffertträger J. J. H. Knopp, 18. Revisionsaufseher G. D. Dünneberl, Tischler C. G. C. Stegemann, Arbeiter A. B. J. Alwert, Tapezierer G. G. C. J. Köster, 19. Arbeiter K. J. Kewe, Vorarbeiter G. A. J. Bierow, Eisenbahnwagenführer A. F. K. Martens, 20. Revisionsaufseher M. G. H. Fredericksdorf, 21. Schiffszimmermann J. G. B. Bothe.

Sterbefälle.

15. September: Privatmann C. L. M. Jonas, 55 J. 16. Bädermeister J. G. H. Barn, 44 J. Glockläuter a. D. Chr. G. Ohle, 73 J. F. G. E. Schulz, 8 J. G. P. K. Raishing, 1 J. Arbeiter F. C. Weid, 82 J. Schlosser H. L. G. Hebestreit, 25 J. Kaufmann G. H. Stave, 55 J. 17. M. geb. Wilms, Ehefrau des Kaufmannes S. Theodor Bud, 67 J. L. G. J. J. W. Schwarz, 1 M. 28 J. J. M. A. Grafin, 5 1/2 M. Ein Mädchen, 2 L., B.: Schiffskapitän G. J. G. Lehmitz (Lauenburg a. d. Elbe), Privatmann J. G. Stemmermann, 84 J. Ein Knabe, 21 L., B.: Arbeiter J. G. C. A. Buggenthin, Maschinenpufer F. G. T. Bagels, 41 J. Arbeiter G. F. Höppner, 39 J. (Dissa), 18. M. Chr. geb. Gaeckle, Witwe des Arbeiters J. J. Chr. Humple, 63 J. Maler G. M. Ed. F. Kugelberg, 44 J. M. J. G. Dreuss, 58 J. 19. G. C. geb. Joensdotter, Ehefrau des Arbeiters J. J. G. Wehr, 59 J. L. W. A. Lange, 2 M. G. Chr. J. K. K. Höppner, 3 1/2 M. Zigarettenarbeiter A. G. H. Schindler, 56 J. G. C. M. Dührkop, 2 M. M. F. C. Störmer, 7 M. A. G. C. geb. Stahl, Witwe des Beamten der Deutschen Lebensversicherungsgesellschaft F. W. Rathgens, 77 J. K. G. C. Blath, 3 M. 20. S. Morgenstern, 10 J. Arbeiter B. G. E. Thies, 61 J. Kaufmann H. A. Noje, 55 J. 21. G. P. Bollmeyer, 2 1/2 M. G. C. C. geb. Sommer, Witwe des Gerichtsdieners a. D. Chr. W. Mohrdank, 90 J. 22. J. G. A. Mier, 82 J.

Angerordnete Aufgebote.

17. September: Schneider D. G. W. Ribbel und J. M. Müller, Eisenarbeiter D. J. G. Schildpatt und B. G. A. Katschke in Westlo, Schmeid H. M. C. Koch und G. G. Schmitz, Postbote W. G. F. Wulff in Hamburg und W. E. C. Steinfeld, Geschäftsführer W. F. H. Ohlsson und G. A. M. Kückel in Grevensmühlen, Former P. H. Chr. J. von gn. Frickhoff und G. E. W. Clasen, Schlachter G. C. F. E. Beck und B. A. J. Dibbert, Straßenreiner G. G. H. Boh und Witwe G. E. D. Mohr geb. Brinkmann, Metzger J. J. G. Koch und Witwe L. E. Grabbert geb. Mellmann, Arbeiter J. J. A. Japp und W. M. G. H. Zigarettenarbeiter F. W. Sawranet und G. A. M. Heider, Schlosser D. F. G. C. Buchholz und G. E. G. Stöckel, Straßenreiner A. G. C. Vogelsang und G. B. C. Brüggemann in Nordeschagen, Klempner W. Chando (Gonda) und Hansina Mülert, beide in Bremen, Maurer W. J. G. Stark und A. M. L. M. Weise in Bauho Schönberg, 18. Arbeiter J. G. Chr. H. Wiegand und J. M. Chr. E. Dankert in Sudow, Schlosser F. G. H. Bräggemann in Neumünster und G. G. M. Duade, Schuhmacher G. P. Fehlaue und C. D. M. Linke, Handlungsgeschäft G. G. D. Duve und A. Bahl, Schiffszimmermann F. A. G. Gamm und M. F. W. Stapelfeldt, Bankbeamter W. F. Latendorf und L. J. W. Scharf, Arbeiter J. F. W. Brahl gen. Wilms in Lehmrade und A. L. F. Wulff, Maschinenfeger G. F. G. Eimes und D. F. G. J. Bloch in Bachau, Straßenbahnarbeiter W. L. J. Möller und M. C. W. Lauersschlag in Raabe, 19. Schlachter J. M. K. C. Wanjelow und F. M. D. Möller in Matelau, Schuhmacher T. G. W. A. Topp in Malente und D. G. A. Ohmsen, 20. Kaufmann F. G. A. Pape und A. A. E. Westermann in Lüneburg, Schneider K. W. H. Stephan und G. L. F. W. Wollenberg, Stukkateur J. Chr. G. Stolten und J. F. M. Puls, Arbeiter G. A. W. Schlichting und K. A. C. Schröder, beide in Lehe, Träger L. W. K. Behrens und B. A. W. Fischer in Barnefow, 21. Geometer C. G. Slav in Hamburg und G. C. Albers in Kirchwarder, Betriebsleiter B. J. B. A. Müller in Fockenburg und L. G. Pippig in Dresden, Tischlermeister A. F. L. Hanke und J. L. A. Tarnau, 22. Bureauvorsteher A. J. K. Keitel und G. J. C. Bohmann in Schwabed, Bahnarzt H. Chr. Ed. Burmeister und G. G. Weidke in Leipzig, Arbeiter L. G. K. Jürgens und M. M. M. Kellenberg in Dummerstorf, Feuerwehrmann J. J. G. Gube und G. M. E. W. H. in Schwerin, Schlosser G. J. J. Fied und M. M. G. H. W. Gierke, Kaufmann S. P. H. Böhl und A. M. K. Utermühl, Arbeiter G. C. A. Brausch und M. D. L. Gammann in Wulfsdorf.

Verstorbene.

18. September: Arzt Doktor der Medizin S. G. Bod in Alens und G. Leber, Kaufmann C. L. Fund in Frankfurt a. M. und A. Sommer, 19. Arbeiter J. Chr. C. Kluth und geschiedene M. A. L. Brodmüller geb. Blohm, Bureauchef G. C. Schreier und A. L. J. W. Chr. Bohnhoff, 22. Arbeiter Chr. W. C. Schröder und G. C. W. Blau, Buchhändler F. E. Schumann in Plön und G. A. C. H. Müller, Arbeiter G. G. J. J. Wiende und A. Chr. J. Behn, Feuerwehrmann A. H. F. Wodrig und Witwe J. W. A. Müller geb. Schröder.

Blut und Eisen

Krieg und Kriegerthum in alter und neuer Zeit von Hugo Schulz.

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen „Kulturbilder“. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschen gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwicklung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegsführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. **Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldatentypen, Spottbilder und Waffengattungen** sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.



Jedes Heft ist reich illustriert!

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 50,** sowie deren Kolporteurs und Austräger.